

Perspektiven Integration

ZUM THEMA

Menschen türkischer Herkunft in Österreich

IM GESPRÄCH MIT KÖKSAL BALTACI

Kenan Güngör

Berivan Aslan

Birol Kiliç

Efgani Dönmez

Cengiz Günay

Nalan Gündüz

Inhalt

VORWORT

Franz Wolf

03

IM GESPRÄCH

Kenan Güngör

04

Berivan Aslan

10

Birol Kiliç

16

Efgani Dönmez

24

Cengiz Günay

30

Nalan Gündüz

36



Franz Wolf

Geschäftsführer

Vorwort

Über 270.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund leben in Österreich. Das bedeutet, entweder sie selbst oder beide Elternteile wurden in der Türkei geboren. 43 Prozent der Personen mit türkischem Migrationshintergrund sind türkische Staatsbürger/innen. Wie viele jener mit österreichischer Staatsbürgerschaft auch noch zusätzlich die türkische besitzen, obwohl Doppelstaatsbürgerschaften in Österreich grundsätzlich nicht erlaubt sind, steht nicht fest. Der Migrationshintergrund ab der dritten Generation wird jedenfalls nicht mehr statistisch erfasst.

Zwischen Personen mit türkischem Migrationshintergrund und Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund zeigen sich in mehreren Lebensbereichen deutliche Unterschiede. So hatten 2015 fast zwei Drittel aller Personen mit türkischem Migrationshintergrund ausschließlich einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsstand, bei der österreichischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lag dieser Anteil nur bei rund 10 Prozent. Während die Arbeitslosenquote bei österreichischen Staatsbürger/innen bei acht Prozent lag, war der Anteil bei türkischen Staatsangehörigen mit beinahe 20 Prozent mehr als doppelt so hoch – wengleich es auch Zuwanderungsgruppen gibt, deren Arbeitslosigkeit noch deutlich höher ist.

Eine besondere Herausforderung stellt auch die Integration türkischer Frauen in den österreichischen Arbeitsmarkt dar. Nur vier von zehn Türkinnen im erwerbsfähigen Alter gehen einer Beschäftigung nach. Im Vergleich dazu sind etwa sieben von zehn Österreicherinnen erwerbstätig. Der bei Türkinnen oftmals niedrigere Bildungsstand sowie wertkonservative Rollenbilder erschweren den Einstieg in eine Beschäftigung.

Was die Identifikation mit Österreich betrifft, unterscheidet sich die Einstellung der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund von anderen Zuwanderergruppen. So fühlen sich einer aktuellen Erhebung zufolge etwas mehr als die Hälfte aller Befragten mit türkischem Migrationshintergrund eher der Türkei als Österreich zugehörig. Ein Umstand, der auch im zunehmenden Übergreifen der aktuellen türkischen Innenpolitik auf die hier lebende türkische Diaspora sichtbar wird, wengleich deren Mitglieder oft schon in Österreich geboren und aufgewachsen sind. Auch die Auseinandersetzungen um das Referendum über die Verfassungsänderung in der Türkei führten zunehmend zur Verschlechterung der Beziehung zwischen der Türkei und einzelner europäischer Staaten.

All diese Entwicklungen sind jedenfalls ernst zu nehmen. Die vorliegende Publikation des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) mit Beiträgen österreichischer Expert/innen aus Politik und Wissenschaft, die allesamt selbst türkische Wurzeln haben, soll zu einer faktenbasierten und ausgewogenen Debatte beitragen.

Kenan Güngör



Kenan Güngör hebt hervor, dass sich der Integrationsgrad bei den Türkeistämmigen in Österreich je nach Subgruppe und Milieu stark unterscheidet. Er warnt davor, dass bei einem Andauern der derzeitigen Entwicklungen die Türkei nicht mehr die Grenze für Flüchtlinge sein wird sondern selbst eine Flüchtlingswelle auslöst.

Wie wird Ihrer Meinung nach das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei am 16. April ausgehen?

Das lässt sich schwer einschätzen. Einige seriöse Umfrageinstitute gaben bis vor kurzem an, dass diejenigen, die das Präsidentsystem ablehnen, leicht im Vorsprung sind. Bemerkenswert ist, dass – obwohl der größere Teil mit „Nein“ abstimmen dürfte – bei 80 Prozent der Bevölkerung die Annahme vorherrscht, dass Erdogan die Wahl so oder so gewinnen wird. So sehr hat sich das Bild eingepreßt, dass Erdogan die Wahl nicht verlieren kann. Es ist zudem zu befürchten, dass es auch zu Manipulation kommen kann. Insbesondere dann, wenn der Wahlausgang knapp wird.

Welche Rolle werden die jüngsten Eskalationen in den Niederlanden, Deutschland und anderen EU-Ländern dabei spielen?

Die Eskalation mit Europa war anfangs nicht geplant und Erdogan hat das als einen direkten Affront und eine Demütigung gesehen. Wer ihn etwas verfolgt, weiß, wie empfindlich und rachsüchtig er sein kann. Nun kommt es ihm eher gelegen. Er versucht, die ablehnende Haltung Europas nicht auf sich oder seine antidemokratische Politik zu beziehen, sondern als Ablehnung der gesamten Türkei. Er spielt mit nationalistischen und antieuropäischen Ressentiments, wo er stellvertretend für die Ehre der Türken den „verlorenen,

„Lautstark mit roten Flaggen und sehr martialischen Sprüchen zu demonstrieren und eine doch sehr aggressive Grundstimmung bei dieser Demonstration zu haben, erhöht die Skepsis noch mehr.“

doppelzüngigen“ Europäern die Stirn bietet. Die Bilder von Rotterdam von verletzten Erdogan-Anhängern, die von Hunden angegriffen werden, kommen ihm in seiner Propagandaschlacht sehr gelegen.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der türkischen Regierung im Zusammenhang mit der Wahlwerbung bei Auslandstürken in Europa? Welche Strategie steckt dahinter?

Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Unsensibilität Erdogan seine Wahlkampfmaschinerie in Europa anwerfen möchte. Absolutistische Herrscher kennen keine Grenzen, sondern erwarten, dass sich ihm alle fügen. Europa war für ihn eher ein Hinterland, wo er seine Propagandamaschinerie anwerfen wollte. Dass diese Massivität und seine politisch hoch bedenkliche Ausrichtung in Europa zu einem Unbehagen führen könnte, war ihm in seiner Selbstreferenzialität egal. Jetzt versucht er, aus der Eskalation einen nationalen Schulterchluss zu beschwören, und hofft, die wichtigen Prozentpunkte dazu zu gewinnen.

Wie werden sich diese Ereignisse auf das Zusammenleben zwischen der türkischen Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft auswirken? Bzw. auf das Zusammenleben innerhalb der inhomogenen türkischen Bevölkerung in Österreich?

Erdogan ist es ziemlich egal, was für einen Schaden er für das Zusammenleben hier anrichtet. Es kommt nicht nur zu einer Polarisierung innerhalb der Türkeistämmigen, sondern auch zu einer desintegrativen Polarisierung mit der Mehrheitsgesellschaft.

Was sagen Sie zu dem in diesem Kontext ausgesprochen harten Umgang von Österreich und der EU mit der Türkei? Von vielen österreichischen Politikern sind ja sehr deutliche Worte wie „Quasi-Diktatur“ etc. gefallen.

In Österreich spielen drei Faktoren eine Rolle: Zum einen gibt es hier ein breites Ressentiment gegenüber türkeistämmigen Menschen. Zum anderen ist es die ungefragte Martialität und Massivität der Wahlkampfauftritte, die jegliche Form von Takt und Umsicht vermissen lässt. Das löst Unbehagen aus. Hinzu kommt, dass man nicht gerade begeistert ist, dass man in einem liberal-demokratischen Land für ein antiliberales und autokratisches System von offizieller Seite Werbung macht.

Deniz Yücel, ein deutsch-türkischer Journalist, befindet sich immer noch in Haft. Viele andere türkische Journalisten beklagen eine Einschränkung der journalistischen Freiheit. Wie beobachten Sie diese Entwicklung?

Der Fall Yücel führt uns vor Augen, wie einfach es in der Türkei ist, von einem kritischen Journalisten zu einem Terroristen gebrandmarkt zu werden. Mit ihm sitzen tausende Journalisten, Wissenschaftler, Intellektuelle und Oppositionelle im Gefängnis. Die Türkei entwickelt sich mit Erdogan in eine sehr bedenkliche Richtung. Erdogan gilt in Europa als eine Art „unguided Missile“, der das Land wirtschaftlich, politisch wie auch gesellschaftlich in den Abgrund treibt.

In Österreich leben rund 200.000 bis 300.000 Personen türkischer Abstammung. Wie gut ist diese Gruppe Ihrer Meinung nach integriert?

Ich denke, wir sollten begrifflich unterscheiden. Nicht alle Menschen aus der Türkei sind auch Türken, sondern es gibt neben Kurden auch andere ethnische Gruppen. Von daher sollte man weniger von den Türken oder Türkischstämmigen als vielmehr von Türkeistämmigen sprechen. Denn Letzteres bezeichnet nicht eine Ethnie sondern einen Staat aus dem die Menschen stammen.

Die Lebensstile, Wertvorstellungen und auch der Integrationsgrad sind je nach Subgruppe und Milieu auch bei den Türkeistämmigen sehr unterschiedlich. Grob gesprochen kann man zwei Gruppen ausmachen. So gibt es eine Gruppe, die stark sozial unterschichtet ist, die den sozialen Aufstieg nicht schafft und als eine migrantische Unterschicht sich verfestigt. Dann haben wir eine andere Gruppe, die in Richtung Mittelschicht bereits aufgestiegen ist. Der Gap zwischen jenen, die den Aufstieg schaffen, und den Abgehängten steigt. Das wird uns noch längerfristig beschäftigen.

Welche Rolle spielt die geringe Bildungsbeteiligung in jener Gruppe, die den sozialen Aufstieg nicht schafft?

Ein zentraler Faktor ist die soziale Vererbung des Bildungskapitals, das zeigen alle Studien und auch die letzte Pisa-Studie. Für bildungsschwache Familien und somit für viele türkeistämmige Familien ist es deutlich schwieriger, den Bildungsaufstieg zu schaffen. Denn unser Bildungssystem setzt stark voraus, dass die Eltern beim schulischen Erfolg der Kinder aktiv mitwirken und unterstützen. Wenn sie aus einer Familie kommen, die wenig Bildungskapital aufweist und das Schulsystem zum Teil nicht kennt, dann kann die Familie dem nicht nachkommen. Bildungsstarke Familien hingegen können ihre Kinder unterstützen. Das führt dazu, dass über die Verlagerung eines Teils des Bildungsauftrags in die Familien bildungsstarke Familien gestärkt und bildungsschwache Familien geschwächt werden. Somit reproduziert das Bildungssystem eigentlich die soziale Ungleichheit, anstatt sie zu beheben. Denn wir bewerten das Bildungskapital der Eltern und weniger das der Kinder und machen uns schuldig an ihnen.

Einen weiteren Punkt bilden die Freundeskreise. Das ist eine unterbeleuchtete Größe. Wir übersehen, dass insbesondere männliche Jugendlichen sehr stark – insbesondere im Alter von zwölf bis 19 – von ihren Peergroups, also Freundeskreisen, beeinflusst werden. Je nachdem in welchem sozialen Umfeld die Kinder aufwachsen, ob also in der Peergroup Bildungsorientierung ein Thema ist, hat das eine andere Auswirkung, als wenn sie in einer Jugendgruppe sind, wo es eher uncool ist und du sofort als Streber bezeichnet wirst, wenn du was tust. Wenn nicht bildungsfördernde, nicht bildungskompatible Einstellungen und Haltungen in diesen Gruppen dominant sind, färbt das auch auf die Jugendlichen ab. Somit können Peergroups und Freundeskreise einen starken integrativen oder desintegrativen Effekt haben. Sie haben in dieser Zeit viel mehr Einfluss als die Eltern oder Lehrer. Gerade in bildungsschwachen Stadtteilen und Schulumgebungen kommt es zu einer Kumulation von sich selbst verstärkenden Abwärtsspiralen. Somit können benachteiligte Umgebungen bzw. Grätzler benachteiligender wirken.

Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern nimmt nur eine Minderheit (42 Prozent) der türkischen Frauen am Erwerbsleben in Österreich teil. In Wien sind türkische Staatsangehörige zudem die größte Gruppe der ausländischen Mindestsicherungsbezieher (BMS). Was sind die Gründe dafür?

Da die Türkeistämmigen nach den Deutschen die größte Migrantengruppe bilden und zugleich einen schwachen sozioökonomischen Status einnehmen, ist ihr Anteil am BMS-Bezug auch entsprechend hoch. Das geringere Bildungskapital gepaart mit einem traditionelleren Bild der Geschlechterrollen trägt dazu das seinige bei. Man sieht auch immer wieder Frauen, die gut ausgebildet sind und nach der Heirat und den Kindern den Weg in den Arbeitsmarkt nicht finden. In dem Maße, in dem traditionelle Frauenrollen vorherrschen, in dem haben sie auch eine viel stärkere Lebenslegitimation zu Hause zu bleiben. Dies hat auch mit der Zahl der Kinder zu tun.

Ein weiteres Problem, das wir auch haben, ist das Phänomen der Heiratsmigration. Männer und Frauen finden ihren Partner zum Teil in den Herkunftsländern. Das ist an sich überhaupt nicht schlimm. Aber es zieht ein integrationsrelevantes Problem nach sich. Der jeweilige Partner muss mühsamst alles wieder neu aufbauen, um sich in die neue Gesellschaft zu integrieren, was nicht immer gelingt. Über die Heiratsmigration kommt es zu einer permanenten Reproduktion der ersten Generation, obwohl wir eigentlich in der dritten oder vierten Generation sind. Durch eine Person im Haushalt, die die deutsche Sprache nicht spricht, wird die Familiensprache, wie auch der Medienkonsum etc. dann automatisch nur türkisch und das Deutsche fällt weg, gerade bei den Kindern. Bei Frauen kommt hinzu, dass sogar häufig auch bei besser Gebildeten über die Heiratsmigration und die Entwertung ihres bisherigen Sozial- und Bildungskapitals ein Leben als Hausfrau einfacher und naheliegender erscheint, als sich über den beschwerlichen Weg des Erwerbs der Sprache und Qualifikationen einen Job zu suchen. Sie müssen mühsam die Sprache lernen, sich mühsam auf dem Arbeitsmarkt bewerben, sie bekommen in der Zeit Kinder – so etwas hindert sehr stark.

„Ein weiteres Problem, das wir auch haben, ist das Phänomen der Heiratsmigration.“

„Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Unsensibilität Erdogan seine Wahlkampfmaschinerie in Europa anwerfen möchte. Absolutistische Herrscher kennen keine Grenzen, sondern erwarten, dass sich ihm alle fügen.“

Was muss da getan werden, um die Frauen zu fordern und zu fördern?

Ich glaube, dass die Frage der Abhängigkeit und der Bedürftigkeit sehr wichtig ist. Ihnen sollte sichtbar gemacht werden, dass sie damit in eine zum Teil selbstverschuldete Abhängigkeit von ihrem Lebenspartner geraten, wie auch in der Gesellschaft immer in der Defensive und marginalisiert bleiben. Es ist für ihre Teilhabemöglichkeiten, Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und ihr Selbstvertrauen wichtig, dass sie auf eigenen Füßen stehen. Übrigens ist Abhängigkeit nicht das Schlimmste, vielmehr ist es die Ausnutzung der Abhängigkeit und das kann leicht passieren, was sich gerade in Scheidungssituationen dramatisch zeigen kann.

Unter türkischen Zuwanderern ist das Zugehörigkeitsgefühl zum österreichischen Staat im Vergleich zu anderen Herkunftsländern weitaus geringer. So fühlen sich laut einer GfK-Erhebung aus dem Jahr 2016 weniger als die Hälfte der Zugewanderten aus der Türkei dem österreichischen Staat zugehörig. Was sind die Gründe hierfür?

Wir haben beide Entwicklungen zugleich. Einerseits betonen die Türkeistämmigen im Vergleich zu Menschen aus Ex-Jugoslawien europaweit viel stärker, dass sie Türken sind. Zugleich zeigt sich, dass es innerhalb der europäischen Länder zum Teil erhebliche Unterschiede gibt. In Holland weiß man, dass sich die Türken viel stärker als Holländer fühlen, als sie sich in Österreich als Österreicher fühlen.

Worauf ist das zurückzuführen?

Das eine ist natürlich die emotionale Verbundenheit zur Herkunft. Sie ist übrigens sehr familiär gebunden. Wenn man die Religion und sein Türkensein verneint oder verdrängt, so distanziert man sich von der Kultur und eigentlich von der Geschichte ihrer Eltern. Wenn wir nur in nationalen Kategorien denken, übersehen wir, wie wichtig familiäre Bindungen sind. Wenn gesagt wird: „Du musst dich als Österreicher fühlen.“ funktioniert das nicht, sondern löst meistens das Gegenteil aus. Es ist etwas ganz anderes, eine Offerte, ein Angebot zu machen, so in Richtung: „Hey, es wäre schön, wenn du auch ein Teil davon bist“. Das ist etwas anderes, als zu sagen: „Ihr müsst, ihr sollt.“ Zugleich gibt es eine gewisse Ablehnung gegenüber Türkeistämmigen in der Gesellschaft. Die paradoxe Botschaft lautet „Integriert euch, aber eigentlich wollen wir euch nicht“. Das funktioniert natürlich nicht. Das Andere ist, dass die Performance der Türkeistämmigen auch hätte besser ausfallen können. Es bräuchte eine soziale Bewegung in der Türkeistämmigen Community, die sagt „Wir haben zwar einiges geschafft und beigetragen, aber es gibt vieles, was wir besser tun können!“. So eine Haltung könnte eine Dynamik freisetzen.

Wie wichtig ist in diesem Kontext die Religion?

Religion und Aussehen spielen eine sehr wichtige Rolle. Überhaupt macht es Sinn, zwischen visiblen und nicht visiblen Migranten zu unterscheiden. Es macht einen deutlichen Unterschied, ob man aufgrund der Hautfarbe im Alltag immer als Migrant wahrgenommen wird oder nicht. Da kann man seit 1000 Jahren in Österreich leben und wird immer noch gefragt, woher man kommt. Die Fremdheitserfahrung über Visibilität ist nicht zu unterschätzen.

Zum anderen geht es um die Frage der kulturellen und emotionalen Nähe und Distanz. Dabei spielt neben der Nationalität wieder im zunehmenden Maße auch die Religion eine Rolle. In dem Maße, in dem die Religion als identitärer Zugehörigkeits- und Abgrenzungsmarker dient, nimmt auch die Distanz zwischen den muslimischen und nichtmuslimischen Gruppen zu und steigert die gegenseitige Fremdheitswahrnehmung.

Wie schätzen Sie das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft bei der türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich ein?

Ich würde die doppelte Staatsbürgerschaft als Optionswahlrecht begrüßen, wo man sich irgendwann auch entscheiden muss. Das Optionswahlrecht gibt den hier geborenen Kindern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft und mit 18 müssen sie sich, sofern sie eine weitere Staatsbürgerschaft haben, entscheiden, welche sie behalten bzw. ablegen möchten.

Wie schätzen Sie die Demonstrationen der Erdogan-Anhänger in Österreich nach dem Putschversuch im Juli letzten Jahres ein?

Mit Erdogan und der AKP-Bewegung hat die Türkei bisher in der Zeit von 2001 bis 2008 ihren größten Aufstieg und Modernisierungsschub erlebt. Die Wirtschaft wuchs markant, man war auf einem pro-europäischen Kurs und man konnte sich stolz als Türke, Muslim und europäisch zeigen. Das hat ihrem Selbstwert gut getan. Das ist in den letzten Jahren leider wieder in das Gegenteil gekippt. In dem Maße in dem die Regierungspartei AKP nationalistisch-islamistischer, antiliberaler und autoritärer wird, in dem Maße findet es leider auch seinen Niederschlag bei im Ausland lebenden Migranten. Grundsätzlich kann festgehalten werden, je höher die Konflikte in den Herkunftsländern sind desto stärker findet eine Re-Identifikation und Re-Ethnisierung in der Diaspora statt. Der Putsch hat alle Menschen aus der Türkei berührt und dass Menschen auf die Straße gehen und gegen den Putsch demonstrieren ist eigentlich nachvollziehbar. Doch beim näheren Hinsehen waren das aber weniger Demokratie demonstrieren, als vielmehr Loyalitätsbekundungen für das Erdoganregime. Denn wem die Demokratie und Meinungsfreiheit ein Anliegen ist, kann nicht zugleich für Erdogan auf die Straße gehen, der gerade diese abschafft und einen autoritären Staat aufbaut. Das Grundrecht zu

demonstrieren steht allen zu und kann nicht in Frage gestellt werden, wohl aber die Inhalte und die Form der Demonstration. Wichtig wäre dabei zwischen den Aktiven, die lautstark auf die Straße gehen, und dem großen Teil der Menschen, die mit der AKP sympathisieren und hier ein normales Leben führen, zu unterscheiden. Eine kritische Diskussion halte ich für wichtig und notwendig. Dafür ist auch dieses Spektrum sehr heterogen.

Wie wirkt sich das auf das Zusammenleben in Österreich konkret aus?

Wenn man demonstriert, dann muss die Community wenigstens mehr Taktgefühl zeigen. Ich weiß, dass das emotional sehr bewegend sein kann. Lautstark mit roten Flaggen und sehr martialischen Sprüchen zu demonstrieren und eine doch sehr aggressive Grundstimmung bei dieser Demonstration zu haben, erhöht die Skepsis noch mehr. Das es auch noch zu einer antikurdischen Demonstration ausartete, zeigt, welche Stimmungen und Geisteshaltungen – wenn auch nicht ausschließlich – dort dominant waren.

Wie schätzen Sie zukünftige Migrationsbewegungen von Türken nach Österreich und in die EU ein?

Früher hat die Türkei einen Wirtschaftsboom erlebt und war ein Anziehungspol für österreichische und deutsche Türken. Auch das hat sich umgedreht. Es gibt viele, die wieder den Weg zurück suchen. Aber meine ernsthafte Sorge ist ein andere. Die Türkei schlittert in eine sehr problematische Entwicklung mit der Abschaffung der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Strukturen sowie der Einschränkung der Meinungsfreiheit. Das führt dazu, dass die liberale und progressive Opposition sagt: „Ich ertrage es hier nicht mehr“. Dann habe ich die Sorge, dass die gesellschaftlichen Konflikte innerhalb der Gruppen – der Aleviten, Kurden, Nationalisten, Islamisten – noch weiter steigen. Gegenwärtig polarisiert sich das sehr stark. So haben wir einen nicht erklärten Bürgerkrieg in den kurdischen Gebieten. Mehrere kurdische Städte sind dem Erdboden gleich gemacht worden, Hunderttausende sind obdachlos und hunderte Zivilisten wurden ermordet. Wenn das so weiter geht, wird die Türkei nicht mehr die Grenze für Flüchtlinge sein, sondern eher wieder eine neue Flüchtlingswelle auslösen – eine Flucht von Kurden und liberalen-progressiven Menschen. Das ist eine der möglichen Szenarien. Die andere Frage ist, ob und wie lange der Flüchtlingsdeal halten wird. Der ist auf sehr wackeligen Füßen.

Was kann man tun, wie sollen Politik und öffentliche Institutionen handeln?

Außenpolitisch halte ich die Kritik an den Verhältnissen in der Türkei für mehr als berechtigt. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Haltung des Bundeskanzlers und Außenministers ausdrücklich. Wenn man bei diesen Fehlentwicklungen die Beitrittsgespräche nicht einfriert, wann überhaupt. Ein Einfrieren heißt aber nicht abbrechen. Denn die EU ist einer der wenigen letzten Strohhalme, an die sich die progressiven Teile der Türkei noch halten. Zudem müssten die Gelder aus der EU zur türkischen Regierung eingefroren und zugleich die Unterstützung und der Austausch mit der Zivilgesellschaft gefördert werden. Innenpolitisch kann man, wenn man dem Ganzen überhaupt etwas Positives abgewinnen will, dann das sagen, dass es langsam auch in Österreich ankommt, dass die Türkeistämmigen keine homogene Gruppe sind. Bisher haben wir nur von „den Türken“, „den Muslimen“ gesprochen. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, dass man sich viel genauer ansieht, mit wem man wie kooperiert. Ich habe das Gefühl, dass das sehr oft sehr locker gehandhabt worden ist. Dementsprechend muss man auch eine informierte und differenzierende Strategie entwickeln.

Unter der Bedingung des Respekts ist eine konstruktive und kritische Diskussion mit Teilen der Türkeistämmigen Community notwendig. Respekt sollte nicht als desinteressiertes Beschwichtigen oder Kalmieren verstanden werden, sondern ist die Voraussetzung für Kritik. Da steht noch einiges vor uns.

Kenan Güngör
ist Leiter des Beratungs- und Forschungsbüros „think.difference“. Als internationaler Experte für Integrations- und Diversitätsfragen berät und begleitet er staatliche & nicht-staatliche Organisationen auf der Bundes-, Landes- & Gemeindeebene. Darüber hinaus ist er Mitglied des Expertenrats für Integration.

Berivan Aslan



Berivan Aslan fordert in Österreich den sofortigen Stopp von Lobby Organisationen, die aus der Türkei gesteuert werden. Sie warnt davor, dass das Hineintragen der Politik eines anderen Landes die hart erarbeitete Integrationskultur in Österreich bedroht.

Wie wird Ihrer Meinung nach das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei am 16. April ausgehen?

Ich kann es derzeit nicht einschätzen, obwohl ein Kopf-an-Kopf-Rennen wahrscheinlicher wird. Die Spannung in der Türkei nimmt massiv zu und die türkische Politlandschaft kann sich jederzeit ändern, sogar ein neuerlicher Putschversuch ist meiner Einschätzung nach nicht auszuschließen.

Welche Rolle werden die jüngsten Eskalationen in den Niederlanden, Deutschland und anderen EU-Ländern dabei spielen?

Meiner Meinung nach gibt es in der Türkei keine Spaltung zwischen Türken und Kurden, sondern eine Spaltung zwischen Demokraten und Anti-Demokraten. Aus diesem Grund würde eine differenzierte Analyse diesbezüglich zur besseren Aufklärung bei uns führen. Die Reaktionen der demokratischen Kräfte und Personen in der Türkei sind leider medial unsichtbar, weil ihre Position zu aktuellen Ereignissen durch die Medienszensur nicht vorkommt. De facto bemerke ich aus den Social-Media-Beiträgen, dass sie sich aufgrund der jüngsten Eskalationen von der EU nicht im Stich gelassen fühlen. Ihre Erwartungshaltungen gegenüber der EU haben sich wieder reaktiviert und sie fühlen sich in ihrer Haltung gegen Präsident Erdogan bestärkt. Ich glaube auch nicht, dass die Opferrolle der AKP-Regierung zu mehr

„Es gibt also momentan leider zwei Gruppen – und sie sind nicht – wie das medial oft dargestellt wird – Kurden und Türken. Es ist ein Konflikt zwischen den demokratischen und den antidemokratischen Türkeistämmigen.“

„Ja“-Stimmen führt, wie es derzeit von manchen Kreisen behauptet wird. Seit den Gezi-Protesten hat die AKP-Regierung ihr Wording zur EU-Politik geändert. Diese Opferrolle wird seit Jahren von der AKP-Regierung induziert. Es mag sein, dass diese Eskalationen die AKP-Wählerschaft in ihrer Überzeugung bestärkt hat, aber sie führt nicht zu einer enormen Stimmenmaximierung. Ich finde es auch nicht zeitgemäß, Erdogan als Opfer darzustellen. Das wäre eine Relativierung und Verachtung der Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Menschen- und Frauenrechte.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der türkischen Regierung im Zusammenhang mit der Wahlwerbung bei Auslandstürken in Europa? Welche Strategie steckt dahinter?

Ich finde die Reaktion äußerst provokativ und hetzerisch, dabei wurde die Situation der turkeistämmigen Europäer nicht berücksichtigt. Die Debatte hätte diplomatisch einen ganz anderen Effekt gehabt und hätte sich am Ende für alle ausgezahlt. Die Situation ist für die turkeistämmigen Bürger in Europa äußerst unangenehm. Auf der einen Seite erleben sie den europäischen Rechtsruck, auf der anderen Seite wird von ihnen verlangt, dass sie sich zu ihrem „Vaterland“ bekennen. Dieser Druck bringt nur noch mehr gesellschaftliche Schief lagen mit sich.

Wie werden sich diese Ereignisse auf das Zusammenleben zwischen der türkischen Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft auswirken? Bzw. auf das Zusammenleben innerhalb der inhomogenen türkischen Bevölkerung in Österreich?

Ich finde es verantwortungslos, wenn Politiker aufgrund persönlicher Profitmaximierung unsere jahrzehntelange Integrationsarbeit zerstören. Damit meine ich konkret die AKP-Spitze. Die türkeistämmigen Bürger gehören zu Europa, haben ihren Lebensmittelpunkt in Europa, haben Patch-Work-Identitäten und eine bikulturelle Lebensweise. Sie haben verschiedene Identitäten in ihrer Brust und das ist eine Bereicherung für das bunte Europa. Dieser Zustand wird destabilisiert und den Menschen wird das Zugehörigkeitsgefühl weggenommen, in dem man ihnen das Gefühl gibt, sie wären „eh nie integriert“ gewesen und werden „eh immer als Mensch zweiter Klasse“ behandelt. Menschen werden aufgrund dieser importierten Politik aus der Türkei kategorisiert, auch innerhalb der türkeistämmigen Community. Sie werden zu regierungsnahen und regierungsfernen Aleviten, zu AKP- und PKK-Kurden, zu guten Muslimen und islamfeindlichen Laizisten, zu Nationalisten und Staatsverrätern etc. separiert. Obwohl Menschen mit Migrationshintergrund eine Minderheit in der Mehrheitsgesellschaft bilden, werden wiederum Minderheiten in der Minderheitengesellschaft konstruiert. Wir müssen wieder versuchen, unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und dürfen uns von diesem populistischen Stil nicht spalten lassen. Das hält uns von wahren Problemen wie zum Beispiel Globalisierungspolitik ab, die wir dringend gemeinsam bewältigen müssen.

Was sagen Sie zu dem in diesem Kontext ausgesprochen harten Umgang von Österreich und der EU mit der Türkei? Von vielen österreichischen Politikern sind ja sehr deutliche Worte wie „Quasi-Diktatur“ etc. gefallen.

Seit Jahren kritisiert die EU-Spitze den Präsidenten Erdogan für seine antidemokratische Politik, jedoch blieb diese Kritik nur bei einer Ankündigungspolitik. Die meisten europäischen Regierungen hatten Angst, dass Erdogan die Flüchtlinge nach Europa schickt und sie ihre Regierungssitze an rechte Parteien verlieren könnten. Während Europa andere Prioritäten setzte, wurden demokratische Kräfte in der Türkei im Stich gelassen, die für die Stabilisierung der Türkei eine wichtige Rolle spielten und immer noch spielen. Sie wurden stigmatisiert, diskriminiert, suspendiert, eingesperrt und sogar ermordet. Der „erdoganische Machterhalt“ wurde de facto geduldet. Hauptsache, es kommen keine Flüchtlinge nach Europa. Ohne zu ahnen, dass im Falle einer weiteren Eskalation statt zwei Millionen Flüchtlingen wahrscheinlich zehn Millionen Flüchtlinge vor den Toren Europas stehen werden. Es wurde auch zugeschaut, wie der Waffenstillstand zwischen der PKK und AKP beendet wurde. Die EU hätte

hier eine Rolle einnehmen und sich für den Friedensprozess zur Verfügung stellen können, schließlich ist die Türkei immer noch ein EU-Beitrittsland und davon hätten alle Beteiligten profitieren können. Es war auch die einmalige Chance, die PKK endgültig durch die HDP zu entwerfen, den Menschen in der Türkei auch die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auf dem politischen Weg zu lösen. Diese Chance wurde einfach fahrlässig verpasst.

Was schlagen Sie konkret vor? Wie sollen sich Österreich und die EU verhalten?

Es genügt nicht, den Präsidenten Erdogan zu kritisieren oder einen rechtspopulistischen Stil gegen die Türkei zu führen. Wenn wir wirklich eine stabile, friedliche und demokratische Türkei wollen, dann brauchen wir ein alternatives demokratisches Konzept zu Erdogan, denn es gibt auch ein Leben nach Erdogan für die Türkei und ihre Bevölkerung. Auf Kosten der Menschenrechte wurde ein Flüchtlingsdeal vereinbart, auf Kosten der Demokratie darf nicht auch noch die türkeistämmige Bevölkerung wegen Erdogan bestraft werden. Ein Abbruch der Türkei-EU-Beitrittsverhandlungen würde zur Isolierung der Türkei und die Türkei mehr in Richtung einer rechtskonservativen und islamischen Regierung führen. Eine Aussetzung der Verhandlungen hingegen würde den demokratischen Kräften in der Türkei mehr Rückhalt geben und die Rolle der EU in der Türkeipolitik immer noch aufrechterhalten. Diese Strategie würde auch dazu führen, die demokratischen Kräfte in der Türkei zu unterstützen, um ein alternatives Konzept zu Erdogan zu entwickeln.

Deniz Yücel, ein deutsch-türkischer Journalist, befindet sich immer noch in Haft. Viele andere türkische Journalisten beklagen eine Einschränkung der journalistischen Freiheit. Wie beobachten Sie diese Entwicklung?

Die türkische Pressefreiheit – und damit auch der Qualitätsjournalismus – liegt im Koma und wartet auf die Versorgung seitens internationaler Akteure.

In Österreich leben rund 200.000 bis 300.000 Personen türkischer Abstammung. Wie gut ist diese Gruppe Ihrer Meinung nach integriert?

Richtig wäre die Bezeichnung türkeistämmig, da nicht alle türkischer Abstammung sind. Auch die ganzen Minderheiten in der Türkei haben einen türkischen Pass. Aber ich glaube, man kann sehr wohl sagen, dass ein Großteil der türkeistämmigen Menschen, die in Österreich leben, aus einer religiösen, traditionell orientierten Familienstruktur kommt und sich dann offensichtlich schwer tut, sich zu integrieren. Das ist nichts Neues, das hat es immer gegeben, auch vor der Erdogan-Ära. Diese Menschen leben in Gegenden, in denen die Mieten billig sind. Dort wurden bewusst

Gemeindewohnungen gebaut, um den Migrantenanteil im Stadtzentrum gering zu halten. Damit ist eine Ghettoisierung entstanden. Das zweite wichtige Problem ist die Sprache. Sie arbeiten meist in Jobs, in denen der Migrantenanteil hoch ist, in denen also schon viele Türkeistämmige arbeiten. Die einzige Person, die mit ihnen überhaupt deutsch spricht, ist wahrscheinlich der Abteilungsleiter oder der Vorgesetzte. Und sogar der redet mit ihnen nicht korrektes Deutsch. Am Wochenende sind sie dann meistens unter sich. Sie sitzen in den türkischen Cafés oder unternehmen etwas, zu Hause haben sie einen türkischen Fernseher, der natürlich einen massiven Einfluss auf die Integration dieser Menschen in Österreich hat.

Welchen Einfluss haben Organisationen aus der Türkei auf die Türken in Österreich?

Diese zahlreich gegründeten Lobby-Organisationen haben dazu geführt, dass sich die Menschen stärker an der Politik ihres Heimatlandes orientieren. Die daraus entstandene Isolation hat inzwischen immer mehr Folgen auf unsere Integrationspolitik, weil von diesen Organisationen enormer Hass und Hetze verbreitet werden. Die Menschen, die hier leben, die hier aufgewachsen sind, können sich mit unseren Werten nicht identifizieren, das ist ein massives Problem. Gleichzeitig hat aber auch die andere türkeistämmige Gruppe, die demokratisch eingestellt ist und sich mit den österreichischen und europäischen Werten identifizieren kann, in Österreich stärker Fuß gefasst. Für sie ist Österreich noch bedeutungsvoller, weil sie wissen, hier leben sie in Freiheit, hier fühlen sie sich zu Hause, hier gibt es niemanden, der sie aufgrund ihres ethnischen oder religiösen Hintergrunds unterdrückt. Es gibt also momentan leider zwei Gruppen – und sie sind nicht – wie das medial oft dargestellt wird – Kurden und Türken. Es ist ein Konflikt zwischen den demokratischen und den antidemokratischen Türkeistämmigen.

Sind die zwei Gruppen in etwa gleich groß?

Das ist schwierig zu sagen, weil viele Menschen Angst haben. Im Moment laufen viele Denunzierungskampagnen, zwar nicht öffentlich, aber sie laufen. Auch deshalb haben viele Angst, Erdogan zu kritisieren. Und deswegen ist es schwierig, herauszufinden, wie groß diese Gruppen sind. Die Menschen trauen sich nicht, auf Facebook etwas zu schreiben, weil sie Angst haben, dass ihre Daten an die türkische Regierung weitergegeben werden und sie dann nicht mehr in ihre Heimat reisen können.

Wo sehen Sie die kritischen Punkte bei der Integration?

Es müsste mehr Burschen- und Männerarbeit gemacht werden – in den Moscheen ebenso wie in den Migrantenvereinen. Dort sollte man eine paritätische Besetzung schaf-

„Es müsste mehr Burschen- und Männerarbeit gemacht werden – in den Moscheen ebenso wie in den Migrantenvereinen.“

fen, damit vermittelt wird, dass Frauen nicht nur für die Küche gut sind, sondern auch wirklich gestalten können und sollen. Und diese ganzen Lobby-Organisationen, die aus der Türkei gesteuert werden, sollten sofort gestoppt werden, weil wir nicht die Politik eines anderen Landes nach Österreich tragen dürfen. Das zerstört unsere Integrationskultur.

Unter türkischen Zuwanderern ist das Zugehörigkeitsgefühl zum österreichischen Staat im Vergleich zu anderen Herkunftsländern weitaus geringer. So fühlen sich laut einer GfK-Erhebung aus dem Jahr 2016 weniger als die Hälfte der Zugewanderten aus der Türkei dem österreichischen Staat zugehörig. Was ist notwendig, um ein größeres Zugehörigkeitsgefühl zum österreichischen Staat zu schaffen?

Wir brauchen Menschen, die gute Sozialarbeit leisten. Leider waren in Deutschland und auch in Österreich die Salafisten bisher die besseren Sozialarbeiter. Wir konnten diese Jugend nicht erreichen, das haben eher die Salafisten gemacht. Ich habe vorhin von den demokratischen und antidemokratischen Gruppen gesprochen – ich nenne sie bewusst antidemokratisch, weil sie die Todesstrafe befürworten und sich nicht zu allen Menschenrechten bekennen – diese Gruppen, die sich nicht zur Mehrheitsgesellschaft zugehörig fühlen, muss man anderweitig erreichen. Hier sind Sozialarbeiter, Stakeholder und Mentoren aus der türkeistämmigen demokratischen Gruppe gefragt, denn sie kennen sich in diesem Kulturkreis aus und sie können den Menschen die österreichische Kultur- und Politiklandschaft vermitteln.

Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern ist die Bildungsbeteiligung Jugendlicher, die in der Türkei geboren wurden, mit 63,3 Prozent besonders gering. Was kann man dagegen tun?

Der Kernpunkt der Integration liegt in der Schulausbildung, dort muss man die Kinder und Jugendlichen abholen. Im Elementarunterricht wäre das sehr wichtig. Die Elternberatung sollte ebenfalls intensiviert werden – nicht nur seitens des Lehrpersonals. Auch die Schuleinrichtung als solche sollte Gespräche mit den Eltern führen. Wenn die Schulen nationalistische bzw. radikal-islamistische Tendenzen bei Eltern bzw. Schülern spüren, sollte sofort mit Einzelgesprächen reagiert werden – denn dann kann es sehr schnell gehen.

Wie sehen die zukünftigen Entwicklungen im Bildungsbereich aus?

Es hängt davon ab, wie sich die AKP-Regierung weiterentwickelt. Meine Vermutung ist, dass sie auf der Fetullah-Gülen-Schiene weiterfahren wird. Die AKP wird höchstwahrscheinlich das Gleiche machen, was die Gülen-Bewegung gemacht hat. Sie werden viel mehr Wert auf Bildung legen, es wird wahrscheinlich viel mehr Privatschulen geben. Der Nachteil dieser Schulen ist, dass keine öffentlichen Gelder in sie fließen. Dass man also nicht kontrollieren kann, was dort wirklich unterrichtet wird. Meine Befürchtung ist daher, dass sich Schulen bilden, die junge Leute noch mehr für die Interessen einer Partei oder eines anderen Staates vereinnahmen. Die Integrationsarbeit darf nicht unter den Interessen eines Machtpolitikers leiden. Dagegen sollten wir alle etwas unternehmen. Aus meiner Sicht sollten wir in Bildung und Sozialarbeit investieren, um notwendige Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zu leisten. Sonst sagen diese jungen Leute: „Die österreichischen Einrichtungen können mir eh nichts anbieten.“

Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern nimmt nur eine Minderheit (42 Prozent) der türkischen Frauen am Erwerbsleben in Österreich teil. Was sind die Gründe dafür?

Das Frauenproblem ist leider kein ethnisches oder religiöses. Es ist wirklich ein soziales Problem. Bei den Türkeistämmigen spielt es eine Rolle, dass ein Teil dieser Frauen sehr kulturell erzogen wird. Viele dieser intelligenten und talentierten Mädchen machen die Hauptschule fertig und werden danach mit einem Cousin oder Bekannten der Familie aus der Türkei verheiratet. Dann können sie nicht einmal eine Lehre machen, sondern müssen direkt arbeiten, weil sie für die Familienzusammenführung ein hohes regelmäßiges Einkommen nachweisen müssen. Das wiederum führt dazu, dass diese jungen Frauen ihren Bildungsweg nicht weiterführen können und keinen Abschluss haben. Danach finden sie keinen Zugang mehr zur Bildung. Denn dann haben sie

„Die Opferrolle wird seit Jahren von der AKP-Regierung induziert.“

schon Kinder oder müssen sich um den Mann kümmern, der oftmals nicht Deutsch kann. So werden die Frauen ungewollt komplett aus der Bildungsschiene hinausgedrängt.

Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung dieser Faktoren ein?

Ich denke, sie werden die Hälfte der Einwanderer betreffen. Seit drei Jahren befindet sich die Türkei in einer starken wirtschaftlichen Krise. Viele, die hier leben, haben Verwandte in der Türkei, die sie kontinuierlich finanziell unterstützen. Da liegt der Gedanke nahe, der Familie nachhaltiger mit einer Heirat zu helfen: Die eigene Tochter soll ihren Cousin aus der Türkei heiraten, damit der nach Österreich kommen und selbst für die Eltern in der Türkei sorgen kann. Die Zwangsverheiratung hat primär einen wirtschaftlichen Gedanken. Sie steht ja weder in der Religion festgeschrieben, noch hat sie irgendeine kulturelle Geschichte. Sie ist primär wirtschaftlich begründet, was viele nicht wissen.

In Wien sind türkische Staatsangehörige die größte Gruppe der ausländischen Mindestsicherungsbezieher (BMS). Was sind die Gründe dafür?

Sprachkenntnisse, mangelnde Ausbildung beziehungsweise gar keine Ausbildung. Bei den Frauen spielt zudem die Familie eine Rolle – viele wollen nicht, dass ihre Frauen und Töchter arbeiten, sondern zu Hause bleiben. Teilweise dürfen die Mädchen nicht einmal selbst bestimmen, welchen Beruf sie erlernen oder wo sie arbeiten.

Wie kann man in dieser Hinsicht die Personen stärker fördern?

Es braucht mehr Bewusstsein darüber, was der Sinn von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld ist. Man bezieht Arbeitslosengeld nicht, weil man das Recht darauf hat, sondern weil man für den Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Es geht nicht darum zu sagen: „Jetzt darf ich ein paar Monate zu Hause bleiben, das ist mein Recht.“ Wenn man das Geld verbraucht, werden andere, die es wirklich nötig haben, keines mehr kriegen. Und das gleiche kann irgendwann auch einem selber passieren. Diese Idee muss stärker vermittelt werden.

Wie schätzen Sie das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft bei der türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich ein?

Es gibt viele Leute, die eine Doppelstaatsbürgerschaft haben, es aber nicht sagen. Bei der Einreise in die Türkei zeigen sie den türkischen Pass vor und bei der Einreise nach Österreich den österreichischen. Es spricht nichts dagegen, weil es auch eine gewisse Freiheit ist, sich entscheiden zu können, wo man leben und Zeit verbringen will. Problematisch ist es dann, wenn Menschen Jugendliche deshalb für den IS rekrutieren.

Denken Sie, dass das Phänomen der Doppelstaatsbürgerschaft sehr verbreitet ist? Die Daten dazu sind ja nicht vorhanden.

Ja, das glaube ich, schon allein deshalb, weil viele sich nicht trauen, komplett in die Türkei zurückzukehren. Weil sie nicht wissen, wie sich die politische Situation verändern wird. Für sie ist es eine Art Garantie: Wenn ihnen in der Türkei etwas passiert, wissen sie, dass sie wieder nach Österreich zurück können.

Sie haben den IS angesprochen. Wie schätzen Sie das Risiko der Radikalisierung in der türkischen Community in Österreich ein?

Es hat eine Studie aus Deutschland gegeben, dass jeder vierte oder fünfte IS-Sympathisant ein Türke sei. Ich glaube auch, dass die IS-Rate bei den Türken sehr hoch ist.

Wo sehen Sie da die Gründe?

Das hat wieder mit der Politik des Heimatlandes zu tun. Erdogan hatte sehr viele gemeinsame Interessen mit dem IS. Das Erste war, gemeinsam Baschar al-Assad zu stürzen. Dieses Ziel kann sich jetzt ändern, weil er sich mit Putin versöhnt hat. Das Zweite ist, eine große islamische Macht zu schaffen, und das Dritte, mit dem IS sozialistische und westliche Werte im Mittleren Osten zu verhindern – damit meine ich die Kurden. Sie wollen keine westlichen Werte im Mittleren Osten. Diese gemeinsamen Interessen haben dazu geführt, dass die türkische Bevölkerung immer wieder mit dem IS sympathisiert hat. Diese Sympathie hat bis zum Angriff auf den Flughafen Atatürk dazu geführt, dass es kaum effektiven Widerstand gegen den IS gegeben hat.

Wie schätzen Sie die Demonstrationen der Erdogan-Anhänger in Österreich nach dem Putschversuch im Juli letzten Jahres ein?

Sie machen die Demonstrationen unter dem Deckmantel „gegen Terror“ oder „für die Demokratie“. Aber Ziel ist es primär, Erdogans Politik in Europa sichtbar zu machen, weil Erdogan ein sehr schlechtes Image in Europa hat. Mit diesen Demos will man Politiker und auch die europäische Bevölkerung mundtot machen und einschüchtern, sodass sich

niemand traut, etwas gegen Erdogan zu sagen. Das finde ich problematisch. Da wird gegen „Terrorismus“ demonstriert, aber es marschieren Leute mit, die mit einem Pullover der Muslimbruderschaft auf der Demo sind (zeigt auf Fotos). Sie werden nicht als Terroristen bezeichnet, aber all jene, die über den Friedensprozess und über Menschenrechte reden, werden als Terroristinnen und Terroristen plakatiert. Dieses Verständnis muss man durchbrechen.

Wie wirken sich diese Ereignisse Ihrer Meinung nach auf das Zusammenleben mit Österreichern aus?

Selbst Friedensrechtsaktivisten sagen, sie bekommen Angst, wenn Leute von der Muslimbruderschaft durch Wiens Straßen laufen oder Menschen, die „Allahu ekber“ rufen und Geschäfte von kurdischstämmigen oder alevitischstämmigen Unternehmern angreifen. Man sollte sich überlegen, diese Demos nicht mehr zu genehmigen, um weitere Provokationen zu verhindern. Hier muss die Politik Verantwortung übernehmen. Wenn diese Demos weiter stattfinden können, werden sich die Veranstalter schlicht von diesen „Einzelpersonen“ distanzieren. Sie sind sogar zu feige, die Verantwortung für die Täter und die Tat zu übernehmen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass den Menschen mit Migrationshintergrund ihr Zugehörigkeitsgefühl weggenommen wird, nur weil ein Machtpolitiker seine Position stärken will.

Wie schätzen Sie zukünftige Migrationsbewegungen von Türken nach Österreich und in die EU ein?

Menschen, die sich in der Türkei unter Druck gesetzt fühlen – intellektuelle Kurden, intellektuelle Türken, christliche Minderheiten –, werden die Türkei langsam verlassen. Aber ihr Ziel wird nicht Österreich sein, weil sie wissen, dass hier und auch in Deutschland sehr viele AKP-Anhänger leben. Die intellektuelle Schicht, die qualifizierte Schicht, wird es nach Skandinavien ziehen.

Berivan Aslan
ist seit 2013 Abgeordnete zum Nationalrat für die Grünen. Sie ist Vorstandsmitglied des „Netzwerk Geschlechterforschung“ und der Grünen Bildungswerkstatt Tirol. Sie spezialisierte sich auf Menschen- und Frauenrechte sowie Migrationsfragen und war zuvor im Unabhängigen Verwaltungssenat in Tirol tätig.

Im Gespräch

Birol Kiliç



Birol Kiliç fordert von Türken, die in Österreich leben die Loyalität zum österreichischen Staat. Den Einfluss aus dem Ausland und des politisierten Islam gilt es zu verhindern. Er warnt davor, dass unabhängig davon wie das Referendum ausgeht, die säkulare türkische Republik in großer Gefahr ist.

„Ich glaube, dass hier mit Kalkül vorgegangen wird, das Ziel ist die Schwächung der europäischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“

Wie wird Ihrer Meinung nach das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei am 16. April ausgehen?

Das ist sehr schwer vorherzusagen, weil in der Türkei die „Nein“-Fraktion gerade nicht die Möglichkeit hat, im öffentlichen Raum ihre Meinung kundzutun. Nach unseren aktuellsten Informationen aus äußerst seriösen Quellen werden alle Oppositionellen inklusive der Parteien vom AKP-Staat verfolgt, terrorisiert sowie psychisch und physisch fertig gemacht. Es ist egal, wie das Referendum ausgeht, die säkulare türkische Republik ist mit seinen säkularen, modernen, liberalen, demokratiebewussten Menschen in sehr großer Gefahr. Europa kann sich nicht mit Grenzsicherungen aus der Verantwortung ziehen, weil auch hier sehr viele Fehler gemacht wurden. Wir müssen aufpassen, dass die Türkei nicht irakisiert, afghanisiert oder syrisiert wird, was auch Folgen für Europa hätte.

Welche Rolle werden die jüngsten Eskalationen in den Niederlanden, Deutschland und anderen EU-Ländern dabei spielen?

Für die AKP-Regierung bringt das ein paar Punkte, die lebenswichtig sein könnten. So etwas war in der türkischen Republik einmalig und hoffentlich ist das nicht der Anfang einer unbekannteren Tragödie, die nicht nur für alle Menschen aus der Türkei in Europa großen Schaden bringt, sondern auch für die Länder in Europa.

Wie bewerten Sie das Verhalten der türkischen Regierung im Zusammenhang mit der Wahlwerbung bei Auslandstürken in Europa? Welche Strategie steckt dahinter?

Wahlwerbung im Ausland ist in der Regierungszeit der AKP im Jahr 2008 mit dem Wahlpropagandaverbot mit folgenden deutlichen Worten verboten worden: „Im Ausland und in den ausländischen Vertretungen darf man keine Wahlpropaganda machen.“ Dennoch hält man sich nicht daran. Warum das so ist, wird künftig noch deutlicher zu sehen sein. Denn in Zukunft werden auch türkische Staatsbürger aus dem Ausland direkt in das türkische Parlament wählbar sein. Dafür hat man ein Abgeordnetenkontingent für Auslandstürken geschaffen. So wird beispielsweise aus Deutschland oder Österreich eine bestimmte Zahl an Abgeordneten fix in das türkische Parlament gewählt werden. Das klingt nett, ist aber eine Katastrophe für das Zusammenleben und die Integration der Millionen Eurotürken. Die Probleme der Eurotürken werden nicht in Ankara gelöst, sondern in den europäischen Ländern, Städten und Bezirken. Deswegen sollte man aufhören, Wahlpropaganda oder ähnliches im Ausland zu betreiben. Das schafft Vorurteile und viele Probleme mit der Aufnahmegesellschaft, die wir nicht wollen. Es reicht, das vorhandene Wahlgesetz in der Türkei jetzt und auch in Zukunft anzuwenden. Die Abgeordneten bzw. Minister verletzen mit der Wahlkampfpropaganda im Ausland ihre eigenen Gesetze. Daran erkennt man, wie blank die Nerven liegen.

„Wir haben auch hier in Österreich einen verfälschten Islam.“

Weil Sie die Probleme mit der Aufnahmegesellschaft erwähnt haben. Wie werden sich diese Ereignisse konkret auf das Zusammenleben zwischen der türkischen Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft auswirken? Bzw. auf das Zusammenleben innerhalb der inhomogenen türkischen Bevölkerung in Österreich?

Die letzten Ereignisse sind ein Schlag ins Gesicht aller Menschen aus der Türkei, die sich fast in Geiselhaft befinden. Unter dem Vorwand, ihre Probleme lösen zu wollen, werden Probleme erzeugt, die wir in den nächsten Monaten und Jahren spüren werden. Die türkische Regierung und ihre Vertreter in Österreich werden hier nicht behilflich sein. Die Mehrheit der Gesellschaft wird dauernd durch die Einmischung aus der Türkei und des AKP-Regimes durch Berichte und Politiker gehetzt. Ich glaube, dass hier mit Kalkül vorgegangen wird, das Ziel ist die Schwächung der europäischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Man will die Vorurteile in Hass umwandeln, damit Europa mit seinen hart erkämpften Werten verliert. Hier muss man zwischen Ursache und Wirkung sowie zwischen Feuerlöscher und Brandstifter unterscheiden. Wir müssen die Mehrheit der Menschen aus der Türkei vor diesen Angriffen schützen.

Wie bewerten Sie den in diesem Kontext ausgesprochen harten Umgang von Österreich und der EU mit der Türkei? Von vielen österreichischen Politikern sind ja sehr deutliche Worte wie „Quasi-Diktatur“ etc. gefallen.

Nicht gut und kontraproduktiv. Man darf hier nicht Öl in das Feuer gießen, sondern sachlich die demokratischen Werte verteidigen und fordern, die in der Türkei mit Füßen getreten werden. Man muss in der Türkei wie auch in Europa alle echten demokratischen Kräfte unterstützen, ohne einen Unterschied zwischen Kurden, Türken, Aleviten oder Sunniten zu machen.

Deniz Yücel, ein deutsch-türkischer Journalist, befindet sich immer noch in Haft. Viele andere türkische Journalisten beklagen eine Einschränkung der journalistischen Freiheit. Wie beobachten Sie diese Entwicklung?

Es ist sehr traurig und nicht zu akzeptieren. Wir fordern Freiheit für alle Journalisten, die einen kritischen, aufklärerischen Journalismus betreiben. In der Türkei sind die meisten inhaftierten Journalisten aufgrund der Anti-Terror- oder der Strafgesetze angeklagt. Viele haben mit Kriminalität oder Terror nichts zu tun. Das Ganze riecht nach „McCarthyismus“. Die McCarthy-Ära in den USA bedeutete Gesinnungskontrolle. Personen wurden mit unzureichenden Anschuldigungen und unfairen Ermittlungsmethoden zum Schweigen oder in Verruf gebracht. Ohne Presse- und Meinungsfreiheit und Gewaltentrennung kann sich ein Staat nicht „demokratischer Rechtsstaat“ nennen. Wir wünschen uns eine demokratische, säkulare türkische Republik, in der die Gewaltentrennung sehr steril angewendet wird. Das kann nur durch eine nicht korrupte Sprache funktionieren. Wie Sie wissen, ist die Sprache der Korruption Scheinheiligkeit, und Europa muss genauso wie das türkische Regime mit dieser Scheinheiligkeit aufhören.

In Österreich leben rund 200.000 bis 300.000 Personen türkischer Abstammung. Wie gut ist diese Gruppe Ihrer Meinung nach integriert?

Nach unseren Zählungen sind es circa 300.000. Davon sind schon 200.000 österreichische Staatsbürger. Der Rest sind türkische Staatsbürger und viele wollen in Zukunft eventuell auch österreichische Staatsbürger werden. Wir sehen das als einen normalen und gesunden Prozess. Meiner Meinung nach sind sehr viele Menschen aus der Türkei in vielen Bereichen sehr gut integriert und stellen einen wichtigen Teil der österreichischen Volkswirtschaft dar. Sie leben in Österreich und sie vermissen es bereits nach kurzer Zeit. Man muss sich fragen, was man unter erfolgreicher Integration versteht. Ich verstehe darunter, dass man dem Land gegenüber loyal ist, in dem man lebt und das man es zum Zentrum seines Lebens gemacht hat, dessen Sorgen teilt, seine Gesetze und kulturelle Werte und Bräuche respektiert und akzeptiert. Genau das würde ich auch von einem Österreicher, der in der Türkei lebt, erwarten. Das hat etwas mit guter Erziehung und Anstand zu tun und führt zu einer vernunftbezogenen Integration.

Es stellt sich auch die Frage, was wir unter Loyalität verstehen.

Für mich und für viele Türken in Österreich hat Loyalität sehr viel mit der österreichischen rechtsstaatlichen Verfassung und den sehr schwer gewonnenen demokratischen Werten zu tun. Dazu kommen eine halbwegs gute Gewaltenteilung und ein Sozialstaat, Wohlfahrt, Sicherheit, Legitimität sowie die Ethik und die Moral des Landes. Deswegen haben wir unser Lebenszentrum in Österreich gewählt, weil wir diese Werte in unseren Heimatländern vermissen. Das schafft Vertrauen, Liebe und Loyalität und vor allem aber Sicherheit und Schutz. Das sind sehr wichtige Errungenschaften, die Respekt von allen Migrant/innen verdienen und bei den meisten Türken ist das auch der Fall. Wir sollten aber hier den Unterschied zwischen Moral und Sittsamkeit bzw. Religion erkennen. Wir wissen aus Erfahrung als austrotürkische Muslime, dass zwischen moralischem Handeln und Religiosität kein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Unser Glaube ist unsere Privatsache. Die Säkularität ist in der rechtsstaatlichen Demokratie, wo Gewaltenteilung funktioniert, so wichtig wie Sauerstoff in unserem Leben. Das ist das Wichtigste, denn das schützt die Gläubigen und die Nichtgläubigen. Säkularismus bedeutet für uns Türken aber nicht, wie viele annehmen, immer Religion und weltliche Angelegenheiten voneinander zu trennen. Säkularismus heißt bei uns, die Legitimation der Herrschenden beziehungsweise Regierenden nicht auf Gott oder religiöses Recht zu gründen, sondern auf den Willen des Volkes durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Staat ist gegenüber jedem Bürger, egal welcher Religion, Nation, Geschlecht oder politischer Ansichten, absolut objektiv. Das ist der wichtigste Punkt einer gelungenen Integration.

Wo liegt das Problem, wenn dieser Säkularismus nicht beachtet wird?

Es gibt Gruppen, Organisationen, Vereine und Verbände, die eigentlich politische Parteien bzw. Sekten in Österreich sind und den Islam für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke missbrauchen. Die türkischen politischen Parteien, besonders jene, die den islamischen Glauben für ihre politische Zwecke missbrauchen, haben in Österreich unter dem Vorwand von NGOs Vereine gegründet und nützen das Vereinsgesetz aus. Manche treten sogar als Religionsbehörde in Erscheinung. Sie wollen nicht nur zwischen Gott und Mensch alle Angelegenheiten organisieren, sondern auch zwischen dem Mensch und dem demokratischen Staat. Daraus entsteht nur Unglück, Unterdrückung, Ausbeutung und eine rückwärtsgerichtete Zivilisation, die das Zusammenleben immens erschwert. Diese Diagnose ist sehr wichtig. Es gibt Bewegungen, die absichtlich unter dem Vorwand der Religionsfreiheit den guten Willen der Integrationspolitik missbrauchen und von Parteien in Österreich

moralisch unter dem Deckmantel "Solidarität", „Integration“, „interreligiöser Dialog“ oder durch eigene Interessen unterstützt werden. In vielen Bereichen werden wir in zehn bis 15 Jahren noch mehr Probleme bekommen. Ich habe vor 20 Jahren aufgrund dieser Entwicklungen und Erfahrungen viele Politiker und Verantwortliche aus unseren Heimatländern gewarnt, ohne zu hetzen. Wir haben auch hier in Österreich einen verfälschten Islam, den wir den „politisierten Islam“ nennen. Er wurde seit 1960 durch bekannte nahöstliche arabische Quellenländer und ihre „Theologie des Verachtens“ mit Unterstützung von westlichen Ländern propagiert und salonfähig gemacht. Dies ist in den Zielländern Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak, Syrien, im Nahen Osten und nach dem Militärputsch von 1980 auch in der Türkei bereits geschehen.

In allen Ländern nützen freiheitsfeindliche Parteien die bestehende demokratische Verfassung, um durch den fundamentalistischen Missbrauch der Religion an die Macht zu kommen und dann die demokratischen Errungenschaften wieder auszuhebeln. Aber wo sie an die Macht kommen, bringen sie nicht Frieden, Sicherheit und Freiheit, sondern Rache, Spaltung und Morallosigkeit. Das hat jedoch mit dem „koranischen Islam“ nichts zu tun, wenn man wissenschaftlich und objektiv die Quellen betrachtet. Dieser „politische Islam“ ist eine künstlich fabrizierte Wüstentheologie des Verachtens, der auch trauriger Weise immer als "der" Islam wahrgenommen wird. Hier liegt der deterministische Ursprung des Problems, weil wir grundsätzlich alles pauschalisieren. Damit treibt man alle Muslime in die Hände des „politischen Islams“, der sich neuerdings auch als „konservativer Islam“ bezeichnet. Das sollten wir in Österreich nicht erlauben. Wir müssen hier unbedingt Alternativen und richtige Definitionen finden.

Aber was ist der Islam wirklich? Das Wort „Islam“ des Korans hat als Wurzel die Worte „selam“ und „silm“ und diese bedeuten „Friede“, „Glück“, „Wohlbefinden“ und „Vertrauen“, die auch mit europäischen Werten kompatibel sind. Auch in vielen Versen wird Demokratie und Republik als einzige legitime Staatsform empfohlen. Hier sind zwei Begriffe hervorzuheben. Zum einen schura“ (das System der Beratung und Kontrolle) und „bajat“ (den Gesellschaftsvertrag). Infolgedessen sind unserer Meinung nach alle Muslime in Österreich und in der Welt, die ihr „wahres Islam“-Bekenntnis aus dem Koran beziehen, verpflichtet, durch ihre Taten und Handlungen das Wort „selam“ auch zu leben. Für sich und gegenüber dem Nächsten sowie Gewalt verbreitende und selbstverherrlichende Theologien des Islam, die wir insgesamt als „verfälschten Islam“ bezeichnen, kritisch zu betrachten. Österreich war und ist ein Hinterland des politisierten Islams in Europa. Auch London und Köln, wobei Köln fast die Zentrale ist, von wo man auch den Balkan kontrolliert. Das nächste Syrien und Irak wird der Balkan sein. Man darf aber nicht pauschalisieren.

Wie gesagt, wir haben eine Community, die sehr gut in Österreich integriert ist, aber wir bemerken sie nicht. Wir bemerken nur jene Leute, die 1960 aus den konservativen, politisch rechts geprägten Gegenden Anatoliens gekommen sind, sich zivilisiert benahmen, aber hier später ab 1980 in Europa und speziell in Österreich fundamentalistisch indoktriniert wurden.

Wir haben in Österreich 14.000 Unternehmer in allen Bereichen mit über 30.000 Mitarbeitern. Hunderte erfolgreiche Ärzte, Ingenieure, Anwälte, Künstler, Händler, Wissenschaftler/innen, Architekt/innen, Baumeister, sowie tausende Arbeiter/innen, Schüler/innen und Student/innen, die jeden Tag Knochenarbeit machen, erfolgreich sind und nicht wahrgenommen werden, aber für den wirtschaftlichen Fortschritt der Republik Österreich in den letzten 50 Jahren eine enorme Leistung erbracht haben. In der Kriminalstatistik rangieren die Türk/innen innerhalb der Migranten, wenn es um Raub, Betrug, Täuschung etc. geht, weit unten. Wir wollen gebildete Menschen haben, die auch der deutschen Sprache mächtig sind und ihnen unsere demokratischen Werte vermitteln. Für mich sind diese Werte gleichbedeutend mit der Aufklärung der Zivilisation. Wir kommen aus einem Land, das Kemal Atatürk zu einem modernen Staat umgewandelt hat. Er hat auch sicherlich Fehler gemacht, aber er hat den Frauen Rechte gegeben, in einer Zeit, in der sie diese Rechte noch nicht einmal hier hatten. Durch ihn haben wir den Säkularismus und die lateinische Schrift bekommen und das Kalifat in Istanbul und das Sultanat abgeschafft. Jetzt will der IS das Kalifat in Istanbul wieder errichten. Atatürk hat seinen Blick auf die westliche Zivilisation gerichtet und diese für die Türkei zum Vorbild genommen. Er hat die moderne Türkei als Republik gegründet, als gleichzeitig die Diktatoren Hitler, Mussolini und Stalin in ihren Ländern an der Macht waren. In solchen Zeiten, besonders aus dem Osmanischen Reich, so eine Republik zu gründen, ist eigentlich unglaublich. Atatürk hat mit dem Ziel, die Türkei zu einem modernen Staat zu entwickeln, eine Reihe von revolutionären Umgestaltungen in den Jahren 1922 bis 1937 durchgezogen, die die politischen Islam-Anhänger ab 1980 sukzessiv, beginnend beim Laizismus, wieder abschaffen wollen.

Wie schätzen Sie die Demonstrationen der Erdogan-Anhänger in Österreich nach dem Putschversuch im Juli letzten Jahres ein?

Die spontane Demonstration nach dem dilettantischen und barbarischen Putschversuch ist eine emotionale Reaktion, die über soziale Medien verbreitet wurde. Wir möchten nicht aus der Türkei dirigiert und delegiert werden bzw. die fünfte Kolonie sein, egal von welcher Partei und von welcher Regierung genauso wenig möchten wir, dass die Österreicher/innen in Istanbul von Österreich aus dirigiert werden. Wir lieben die Türkei und wollen nur eines: eine wirtschaftlich starke demokratische, rechtsstaatliche Republik, wo alle

Menschen ohne Angst und Schrecken ihre Meinung äußern können und wo die Umwelt geschützt und nicht durch neoliberale Maßnahmen ausgeblutet wird. Wir sollten mehr Empathie haben und uns überlegen, was ein gewöhnlicher Österreicher denkt, wenn er hier tausende Menschen, die seit 40, 30 oder auch erst seit zehn Jahren hier leben, mit türkischen Fahnen auf der Straße unter dem Denkmal Prinz Eugens am Heldenplatz demonstrieren und die Probleme der Türkei nach Österreich importieren. Wir haben hier auf den Gebieten Arbeit, Bildung, Wohnen und Diskriminierungen auch genug Probleme, die wir durch Teilnahme an der demokratischen Diskussion über wahre NGOs lösen sollten. Unsere Probleme können und sollen nicht aus dem Ausland gelöst werden. Die Österreicher haben ja prinzipiell nichts gegen türkische Fahnen. Denken wir daran, als in Österreich bei der EURO 2008 die Türkei gegen Kroatien 4:2 gewonnen hat und tausende Türken in Wien und ganz Österreich auf die Straßen gegangen sind. Damals haben die Österreicher mitgefeiert. Ich liebe die Österreicher auch deswegen. Ich war im Jahre 1999 dabei, wo in der Türkei starke Erdbeben waren und wo wir als Vereine helfen wollten und tausende Österreicher unsere Trauer geteilt haben und uns unterstützt haben. Ich erinnere mich an eine alte Wienerin, die uns ihren eigenen Pullover und andere Sachen gebracht hat, weil sie uns irgendwie helfen wollte und dann geweint hat. So etwas vergisst man nicht.

Was kann man tun, wie sollen Politik und öffentliche Institutionen handeln?

Man muss hart gegen den politisierten Glauben und seine Vertreter, die unseren Glauben für ihre Politik, ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaftsveränderung missbrauchen, vorgehen und die in Österreich gewonnenen Errungenschaften, vor allem die demokratischen Werte und die Freiheit vor der rückwärtsgewandten Denkweise, die sogar gegen die wahre koranische Ethik ist, verteidigen. Wir dürfen diese Fehlentwicklungen nicht länger tolerieren! Sie können hier nicht einfach unsere Gesetze ausnützen und die muslimische Religion für ihre politischen und wirtschaftlichen Zwecke missbrauchen. Wir sind gegen diese Politisierung und wir möchten mehr Säkularismus, Moral und Ethik. Das bedeutet wie gesagt, dass der Glaube eine Privatsache sein sollte, die salafistischen Sekten und den „politischen Islam“ darf man nicht als regierungsfreie Vereine anerkennen bzw. wie eine Religionsbehörde in Österreich als Ansprechpartner für Muslime und Islamangelegenheiten behandeln. Sie können gleich hinter diesen Vereinen stehende Parteien oder verbotene Bewegungen als Ansprechpartner nehmen. Das wäre noch ehrlicher und transparenter als umgekehrt. Wie kann man Vereine, die eigentlich politische Parteien und Sekten sind, die eine bestimmte Agenda haben, als Ansprechpartner für die Probleme der Türken in Österreich nehmen oder als Islam-Vertreter akzeptieren? Wenn die Menschen

„Wir dürfen diese Fehlentwicklungen nicht länger tolerieren!“

„Ich kenne einige, die in der Türkei in die aktive Politik gehen wollten und deswegen ihren österreichischen Pass korrekt zurückgelegt und wieder den türkischen Pass angenommen haben.“

in den Fängen einer Sekte oder einer Sekten-Partei sind, kann der Staat nicht mehr überleben. Unser Wunsch ist ein säkularer Rechtsstaat mit klarer Gewaltenteilung. Es ist für uns wertvoll, Bürger dieses Staates zu sein. Ich unterscheide nicht, woher ein Mensch kommt. Für mich ist ein guter und anständiger Mensch jemand, der seinen Verstand und seine Vernunft benutzen kann und hohe moralische Werte hat – und das verlange ich auch von ihm. Verstand, Moral, Vernunft und Wissenschaft, das sind vier Dinge, die uns nach vorne bringen. Wir müssen gegen diese Scheinheiligkeit und Heuchelei Einspruch erheben. Die Gesellschaft leidet unter Scheinheiligkeit und nicht umsonst appellierte Papst Franziskus an die Christen, keine „sozial korrekte“ Sprache zu gebrauchen. Er drückte es so aus: „Dies ist die Sprache der Korruption, der Scheinheiligkeit. Wenn Jesus zu seinen Jüngern spricht, so sagt er zu ihnen: „Eure Sprache sei: Ja, ja! Nein, nein!“. Die Scheinheiligkeit ist keine Sprache der Wahrheit, weil die Wahrheit nie nur für sich steht. Nie! Sie geht immer mit der Liebe einher! Es gibt keine Wahrheit ohne Liebe. Die Liebe ist die erste Wahrheit. Wenn es keine Liebe gibt, gibt es keine Wahrheit. Diese Menschen wollen eine Wahrheit, die sie zum Zweck ihrer eigenen Interessen versklavt haben. Man kann sagen, auch hier gibt es eine Art Liebe: aber es ist eine Liebe zu sich selbst und für sich selbst. Diese narzisstische Vergötterung verführt sie dazu, andere zu betrügen, zu dem Missbrauch des Vertrauens.“ Diese Worte gelten nicht nur für Christen, sondern für alle Menschen und vor allem für uns Moslems. Wir müssen nicht konvertieren, um diese Sätze als unsere Lebensaufgabe, auch in einem demokratischen, säkularen Staat, moralisch anwenden zu können.

In den letzten Jahren haben sich die Migrationsbewegungen aus der Türkei nach Österreich und vice versa angenähert, wie würden Sie aufgrund der aktuellen Entwicklungen die zukünftigen Migrationsbewegungen einschätzen?

Wir sollten akzeptieren, dass die Migration leider die Regel und nicht die Ausnahme ist. Eigentlich will niemand nach Österreich, weil sie wissen, dass es seit 2004 allgemein schwieriger geworden ist. Damals wurden zehn Länder Mitglied der EU und die Konkurrenz ist gestiegen. Die aus diesen Ländern kommenden EU-Bürger arbeiten auch sehr billig. Es ist nicht einfach hier zu leben. Die Türkei hat selber eine große Migrantengruppe im eigenen Land, Menschen aus Syrien mit posttraumatischer Depression. Die Türkei muss drei Millionen Flüchtlingen nicht nur ein zu Hause geben, sondern auch den zwei Millionen Jugendlichen eine Zukunft, sonst werden die Jugendlichen nicht nur der Türkei, sondern der ganzen Welt große Probleme bereiten. Man braucht nur Afghanistan, Pakistan und andere amerikanische Kriegsherde beobachten. Die Kinder aus Afghanistan, die nach Pakistan geflüchtet sind, wurden später durch

den aus dem Nahen Osten importierten Wahabismus bzw. Salafismus zu fundamentalistischen Taliban. Auch Boko Haram in Afrika ist so entstanden. In Österreich erwartet man von der Politik, die Zahl der Wirtschaftsmigranten zu begrenzen und hier angekommene Flüchtlinge optimal in die Gesellschaft durch Bildung zu integrieren. Diejenigen, die wegen den Repressionen jetzt aus der Türkei fliehen, sind Wissenschaftler, Journalisten, Akademiker oder Oppositionspolitiker in geringerer Zahl. Deswegen sollte man von der türkischen AKP-Regierung unbedingt die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien von 1993 verlangen, aber auch den Dialogweg immer offen lassen. Die Türkei ist nicht die AKP oder Präsident Erdogan und seine Anhänger. Die Türkei hat ein großes Potential und ein hohes Humankapital, das man total übersieht und unterschätzt. Man muss mit den Begriffen richtig umgehen und darf nicht pauschalisieren. Die Goldene Regel gilt auch hier: „Was du nicht willst, das man dir tut, das füg' auch keinem andern zu“. Die Türkei hat 80 Millionen Bürger und ist so bunt wie eine Blumenwiese. Man muss in Österreich und in der Türkei die demokratischen Kräfte, die mit Terror und Fundamentalismus und dem politisierten Glauben nichts zu tun haben, im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unterstützen. Wir in Österreich und in der EU brauchen eine stabile und wirtschaftlich starke Türkei, weil es für die EU sehr wichtig ist, sonst entsteht dort ein Afghanistan-Sumpf, wobei der EU und Österreich dann die Rolle Pakistans zufallen würde. Die Türkei kann man aus Staatsräson nicht fallen lassen, weil die Türkei sonst der gefährlichste Nachbar für die EU wird, wie es entsprechend dem Bild Afghanistan für Pakistan ist. Das wollen viele Länder, die die EU schwächen und destabilisieren wollen. Dagegen muss man auftreten und ohne Türken- und Türkei-Bashing gegen die undemokratischen Kräfte vorgehen.

Wie schätzen Sie das Thema der „Doppelstaatsbürgerschaft“ bei der türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich ein?

Die türkischen Gesetze erlauben die Doppelstaatsbürgerschaft. Die österreichischen Gesetze erkennen jedoch nur die einfache Staatsbürgerschaft an. Wenn man an das Ende des Habsburgerreiches denkt, dessen Völker sich in Nationalstaaten aufgesplittert haben, versteht man das. Die Türkei erlaubt es seinen Bürgern, den österreichischen Pass anzunehmen und den türkischen zurückzulegen. Wenn man in der Türkei geboren ist, bekommt man die „Mavi-Kart“, ähnlich einer amerikanischen ‚Green Card‘, mit der man nicht Staatsbürger ist und kein aktives und passives Wahlrecht hat. Der Erwerb der Mavi-Kart führt weder zu einem Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, noch zu einem Erwerb der türkischen Staatsbürgerschaft. Besitzer einer Mavi-Kart werden lediglich rechtlich in vielen Bereichen den türkischen Staatsbürgern gleichgestellt. Sie genießen insbesondere das Privileg, bei der Einreise und der Arbeiterlaubnis keinen Einschränkungen unterworfen zu sein. Die Doppelstaatsbürgerschaft wird in Zukunft eine wichtige Rolle in der türkischen Innenpolitik spielen. Seit Mai 2012 haben in Österreich lebende türkische Staatsbürger auch die Möglichkeit, ihre Stimme in Österreich abzugeben. Ich kenne einige, die in der Türkei in die aktive Politik gehen wollten und deswegen ihren österreichischen Pass korrekt zurückgelegt und wieder den türkischen Pass angenommen haben.

Birol Kiliç
ist Obmann der Türkischen Kulturgemeinde in Österreich. Er leitet den „Neue Welt Verlag“ und gibt die türkischsprachige Zeitung „Yeni Vatan Gazetesi“ sowie das deutschsprachige Magazin „Einspruch“ heraus. Zudem ist er Vorstandsmitglied im Verband der Auslandspresse. 2015 erhielt er das silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Efgani Dönmez



Efgani Dönmez fordert ein stärkeres Vorgehen gegen die Einflussnahmen aus dem Ausland. Bei jenen Personen die versuchen Konflikte aus dem Ausland nach Österreich hereinzutragen, sollen aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet werden. Er warnt davor, dass es viele türkische Gruppierungen gibt, die unter dem österreichischen Vereinsrecht aktiv, jedoch politische Parteien sind.

Wie wird Ihrer Meinung nach das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei am 16. April ausgehen?

Unabhängig davon, wie das Referendum ausgehen wird: Die Türkei hat sich mit der Politik unter dieser AKP-Führung in eine Sackgasse manövriert. Mittlerweile gibt es kaum ein Land, mit dem sie sich nicht angelegt hat – außer den saudischen Geldgebern und den anderen arabischen Emiraten. Die Türkei hat sich in eine Lose-Lose Situation manövriert und das jahrelange Credo „Null Probleme im Land, null Probleme mit den Nachbarn“ über Bord geworfen. Derartige verbale Entgleisungen hat es seit der Gründung der Türkei – trotz Höhen und Tiefen in den Beziehungen zu Europa und Österreich – noch nie gegeben.

Welche Rolle werden die jüngsten Eskalationen in den Niederlanden, Deutschland und anderen EU-Ländern dabei spielen?

Die in der Diaspora lebenden Menschen, die aus der Türkei stammen und wahlberechtigt sind, könnten für den Ausgang des Referendums das Zünglein an der Waage werden. Deswegen wird auch im Ausland aggressiv Wahlkampf geführt und die eigenen Beschlüsse und Gesetze werden bewusst negiert, denn nach geltendem türkischem Recht ist Wahlkampfführung im Ausland verboten. Hier wird eine sehr kurzsichtige Politik von beiden Seiten betrieben. Die

„Es gibt viele Vereine und Gruppierungen, die unter dem österreichischen Vereinsrecht aktiv, aber de facto politische Parteien sind.“

Grenzen der Außenpolitik und Innenpolitik verschwimmen immer mehr und es wird, insbesondere von türkischer Seite, die Provokation gesucht, um innenpolitisch punkten zu können. Eine de facto gleichgeschaltete türkische Presse berichtet über die Wahlkampf-Verbote und Absagen. Diverse Aussagen von EU-Politikern werden in der Türkei als Angriff gegen die Türken und den Islam hochstilisiert und Erdogan und seine Anhänger als Opfer von türkenfeindlichen, islamfeindlichen und Rechtsextremen inszeniert. Wogegen Erdogan als Schutzherr über die Türken und des Islam ankämpfen und Europa eine Lektion erteilen wird. Die Eskalationsspirale dreht sich somit weiter. Was zurückbleibt, ist ein Scherbenhaufen. Treffen wird es die türkische Bevölkerung, insbesondere jene, die ihre Existenz aus dem Tourismus bestreiten. Dieser hat einen noch nie da gewesenen Tiefststand erreicht, mit weiterhin sinkender Tendenz.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der türkischen Regierung im Zusammenhang mit der Wahlwerbung bei Auslandstürken in Europa? Welche Strategie steckt dahinter?

Die gezielte Provokation mit dem Schielen auf Stimmenmaximierung ist nicht von der Hand zu weisen. Die Wahlkampfauftritte werden von bereits implementierten Strukturen organisiert, die eindeutig unser Vereinsrecht missbrauchen. Die UETD ist als Verein in Österreich organisiert und defin-

„Die in der Diaspora lebenden Menschen, die aus der Türkei stammen und wahlberechtigt sind, könnten für den Ausgang des Referendums das Zünglein an der Waage werden. Deswegen wird auch im Ausland aggressiv Wahlkampf geführt.“

itiv der verlängerte Arm der AKP in Europa und Österreich. In ihren Vereinsstatuten steht, dass sie unabhängig sind. Wobei die Realität und die gesetzten Aktivitäten ganz klar vor Augen führen, dass sie natürlich nicht unabhängig sind. Die UETD fungiert hier als Brückenkopf und kooperiert mit Gruppen aus dem Kreis des politischen Islam – wie auch die nationalistisch-islamistische Milli Görüs, die rechtsextremen MHP-Ableger, die Moscheegemeinden der ATIB und andere Islamverbände.

Wie werden sich diese Ereignisse auf das Zusammenleben zwischen der türkischen Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft auswirken? Bzw. auf das Zusammenleben innerhalb der inhomogenen türkischen Bevölkerung in Österreich?

Die Stimmung ist extrem angespannt. Wir dürfen nicht den Fehler machen, die Türkei mit Erdogan gleichzusetzen. Erdogan ist nicht die Türkei und die Türkei nicht Erdogan. Die aufgeklärten Stimmen in der Türkei und auch bei uns in Österreich brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Die reaktionären islamistisch-nationalistischen Türken in Österreich haben sich in den letzten 50 Jahren nicht integriert und werden es auch in den nächsten 100 Jahren nicht schaffen. Deswegen ist es wichtig, die Spreu vom Weizen zu trennen und nicht alle in einen Topf zu werfen. Diesen Geisteskindern muss man die roten Linien aufzeigen und gegebenenfalls aufenthaltsbeendende Maßnahmen einleiten, wenn man das friedliche Zusammenleben in Österreich nicht gefährden will. Die nationalistisch-islamistischen Ableger aus der Türkei und aus anderen Ländern in Österreich gehören verstärkt von den Sicherheitsbehörden überwacht und im jährlichen Sicherheitsbericht erwähnt. Diese Strukturen gehören massiv zurückgedrängt.

Was sagen Sie zu dem in diesem Kontext ausgesprochen harten Umgang von Österreich und der EU mit der Türkei? Von vielen österreichischen Politikern sind ja sehr deutliche Worte wie „Quasi-Diktatur“ etc. gefallen.

Viele der Probleme sind auch hausgemacht. Hätte man auf bestimmte Entwicklungen früher reagiert, würden wir uns viele Diskussionen ersparen. Es ist kein Fehler der türkischen Politik, dass sich solche Strukturen bei uns breit machen konnten, sondern unser Fehler, dass wir so etwas zugelassen haben und noch immer zurückhaltend darauf reagieren. Autokraten wie Erdogan benutzen die Demokratie, um an die Macht zu kommen. Einmal im Amt, bauen sie den Staat um. Erdogan versucht nun, die institutionalisierte Macht bei sich zu konzentrieren: Die Gewaltenteilung wird aufgehoben, die Opposition wird behindert, kritische Presse mundtot gemacht und der Apparat der Exekutive und Judikative wird mit Gefolgsleuten besetzt. Andersdenkende werden massiv verfolgt – Einmischung in das Privatleben der Menschen inklusive. Die Türkei und die in der Diaspora lebenden Türken werden von Erdogan in Geiselschaft genommen. Der Zug, auf den er aufgesprungen ist, um an sein Ziel zu gelangen, wird in diesen Tagen immer deutlicher sichtbar. Man wird der Türkei klarmachen müssen, dass dieser Zug unter Erdogans Führung niemals Richtung Europa fahren kann und an den Grenzen Europas Halt machen wird.

Deniz Yücel, ein deutsch-türkischer Journalist, befindet sich immer noch in Haft. Viele andere türkische Journalisten beklagen eine Einschränkung der journalistischen Freiheit. Wie beobachten Sie diese Entwicklung?

Othmar Lahodinsky, Präsident der Vereinigung europäischer Journalisten, war im März 2017 gemeinsam mit fünf anderen Medienfreiheits-Organisationen auf einer „Fact-finding“-Mission in der Türkei. Die massenhafte Liquidierung von Medienunternehmen in der Türkei unter Notstands-Dekreten ist unakzeptabel. Insgesamt wurden 200 Medienunternehmen geschlossen. Die Inhaftierung von Journalisten, die ihren Beruf ernst nehmen und kritisch sowie unabhängig berichten, als Vaterlandsverräter oder Terroristen-Unterstützer abzustempeln und wegzusperren oder verschwinden zu lassen, gleicht den Methoden der Gestapo. Das Credo von Erdogan lautet „tek vatan, tek millet, tek bayrak, tek lider“ – also „ein Reich, ein Volk, eine Flagge, ein Führer“. Wohin dieser Weg führt, kennen wir aus unserer eigenen Geschichte.

In Österreich leben rund 200.000 bis 300.000 Personen türkischer Abstammung. Wie gut ist diese Gruppe Ihrer Meinung nach integriert?

Wenn man sich die vorhandenen Zahlen ansieht, spricht das leider eine sehr eindeutige Sprache. Fakt ist, dass die aus der Türkei stammenden Mitbürger jene Migrantengruppe

darstellen, die am längsten in Österreich leben und die auch die meisten Kulturvereine sowie NGO-Ableger haben. Wenn man sich aber die gesellschaftliche Akzeptanz vor Augen führt, den Ausbildungsstand und die Positionen, die sie am Arbeitsmarkt einnehmen, belegen sie die hintersten Plätze. Unter den Türkischstämmigen gibt es eine sehr große Bandbreite religiöser, ethnischer und politischer Gruppierungen, die entweder miteinander kooperieren oder in Opposition zueinander stehen. Über diese Vereine bzw. Gruppierungen werden auch Konflikte und Probleme des Herkunftslandes nach Europa und Österreich getragen.

Was wiederum für Spannungen in Österreich sorgen kann...

Natürlich, daher muss man ganz klar sagen, dass die Konflikte des Herkunftslandes auch im Herkunftsland gelöst werden müssen und auch nur dort gelöst werden können. Weil nur dort gibt es gewählte Volksvertreter. Hier braucht es seitens der österreichischen Politik eine ganz klare Haltung. Damit ich nicht missverstanden werde: Es geht dabei nicht darum, die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht zu beschneiden – ganz im Gegenteil, das steht auch diesen Menschen zu. Auch wenn man die Inhalte, für die sie eintreten, nicht teilt. Aber man sollte ganz klar sagen, dass die Lösungen der Probleme nur in der Türkei stattfinden können und nicht auf den Straßen Wiens. Und dass wir hier in Österreich genug Probleme haben – gerade was die Bildungsfrage und den Arbeitsmarkt betrifft. Das sind alles Themen, in die man Zeit und Energie investieren sollte. Das Hereinholen türkischer Innenpolitik nach Österreich löst zu Recht Unverständnis aus. Vor allem dann, wenn auch gewalttätige Erscheinungen zu Tage treten, ist es nicht vertrauensbildend gegenüber der Mehrheitsbevölkerung. Zudem spielt das letztlich auch den populistischen Parteien massiv in die Hände. Darum ist es wichtig, dass dieser Beschwichtigungspolitik, die jahrelang stattgefunden hat und von bestimmten Parteien auch nach wie vor verfolgt wird, ein Ende findet.

Welche kritischen Punkte sehen Sie für die Integration der türkischen Community in Österreich?

Wir haben in Österreich unterschiedliche politische und religiöse Gruppierungen, die teilweise auch eine Agenda verfolgen, die vom Herkunftsland vorgegeben wird. Es gibt viele Vereine und Gruppierungen, die unter dem österreichischen Vereinsrecht aktiv, aber de facto politische Parteien sind. Es kann nicht sein, dass unser Vereinsrecht missbraucht wird, das haben mittlerweile einige Politiker vollkommen richtig erkannt. Daher wird auch politisch diskutiert, wie man diesem Phänomen einen Riegel schieben kann. Generell muss man berücksichtigen, dass es unter den Türkischstämmigen eine große Vielfalt gibt. Darum kann man nicht pauschal beantworten, ob sie gut oder schlecht integriert sind. Unter den sehr reaktionären islamistisch und nationalistisch Eingestellten ist die Fragestellung sicher anders zu beant-

worten als bei jenen, die unsere Werte teilen. Bei denen, die eine säkulare, aufgeklärte Lebenseinstellung haben, wird die Antwort anders ausfallen. Aus meiner Erfahrung muss ich sagen, dass es im Bereich der nationalistisch islamistischen Gruppierungen keine Integration geben kann. Es gibt auch keine, weil hier die Wertehaltung und die Lebensmodelle so dermaßen entgegengesetzt sind und die Menschen, obwohl sie seit 50 Jahren hier leben, noch immer in ihrer eigenen Welt leben. Am deutlichsten sieht man das an der Stellung der Frau, wenn versucht wird, die Frau unsichtbar zu machen – sei es durch die Bekleidung oder an der mangelnden Teilhabe am öffentlichen Leben. Wie soll da eine Integration stattfinden? Wenn jemand beispielsweise die deutsche Sprache perfekt beherrscht, aber verschleiert in Erscheinung tritt? Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, in Österreich so einen Job zu bekommen?

Wobei von niemandem verlangt werden kann, seine Religion aufzugeben...

Natürlich nicht. Es gibt sie ja auch, die Leute, die aus der Türkei stammen, die Österreich aber als ihre Heimat ansehen, ihre Herkunft und Religion aber dennoch nicht verleugnen. Sie haben auch weniger Probleme. Das ist keine Frage der Herkunft oder Religionszugehörigkeit. Es ist eine Frage der Haltung und des Zugangs. Wir haben damals über die Gastarbeiterbewegungen viele Leute aus sehr bildungsfernen Schichten nach Österreich geholt, weil der Arbeitsmarkt andere Anforderungen gehabt hat. Die Voraussetzungen, nach Österreich einzuwandern, waren vor 50 Jahren gesund, arbeitswillig und ausreisewillig zu sein. Es sollte meines Erachtens im 21. Jahrhundert nicht mehr im Vordergrund stehen, wer woher kommt, welche Religion er hat oder welche Abstammung, sondern welche Haltungen und Werte jemand vertritt. Darum ist es so wichtig, dass man diese hart erkämpften Werte der Aufklärung hoch hält, verteidigt und nicht unter einer falsch verstandenen Toleranz aufweicht. Denn was wir in den letzten Jahren beobachten ist, dass mit dem Argument der Religionsfreiheit scheinbar angeblich religiöse Riten und Erscheinungsformen implementiert werden, die bei näherer Betrachtung mit der Religion nichts zu tun haben. Wenn beispielsweise ein Schulbus der Lehrerin den Handschlag verweigert, hat das nichts mit Religionsfreiheit zu tun. Das steht weder im Koran noch im Islam. Das ist eine Respektlosigkeit. Da herzugehen und zu sagen, „Na das muss man respektieren, weil das ist seine Kultur und Religion“, ist naiv. Unsere Aufgabe als Gesellschaft muss sein, jenen den Rücken zu stärken, die die Werte der Aufklärung hoch halten und auch verteidigen. Darum ist es auch wichtig, dass man gerade im Bereich der neu ankommenden Asylwerber vom ersten Tag an Klartext spricht und sie nicht einem luftleeren Raum überlässt, wo sich dann gewisse Gruppierungen aus den Herkunftsländern sich ihrer annehmen und die Situation verschärfen.

Wie schätzen sie den Einfluss aus der Türkei, zum Beispiel der AKP, auf die türkische Community in Österreich ein?

Man muss dazu sagen, dass die Politik bisher immer den Fehler begangen hat, dass sie diesen Vereinen und Gruppierungen zu viel an Bedeutung beigemessen hat. Es gibt Vereine und Gruppierungen, aber nicht alle Türkischstämmigen oder Kurdischstämmigen sind in diesen Vereinen vertreten oder besuchen sie. Nur vermitteln diese das immer so lautstark. Die Parteienlandschaft, die es in der Türkei gibt, spiegelt sich fast eins zu eins in Österreich wider. Was all diese Vereine, ob sie jetzt rechts oder links orientiert sind, gemeinsam haben: Sie investieren sehr viel in die Jugendarbeit. Dort bekommen sie auch den ideologischen Unterbau. Das ist eine Erklärung dafür, warum wir solche Bilder, wie man sie in der Vergangenheit gesehen hat, eben sehen. Hier gibt es Strukturen und Netzwerke, die in Österreich aktiv sind und massiv in die Jugendarbeit investieren. Im religiösen Bereich gibt es hier die ATIB-Vereine, die Milli Görüs, die Süleymanci, die Aleviten und weitere kleinere religiöse Gruppierungen.

Wie ist in dem Zusammenhang die Bewegung bzw. das Netzwerk um Fetullah Gülen einzuschätzen?

Viele dieser Vereine und Gruppierungen sind stark über religiöse Aktivitäten in Erscheinung getreten, zum Beispiel über Moscheenverbände, Koranschulen etc. Die Gülen-Bewegung ist einen komplett anderen Weg gegangen. Sie hat sich in Österreich, Europa und auch in anderen Ländern nicht über die Netzwerke der Moscheenvereine niedergelassen, sondern über die Bildungsschiene. Sie hat Bildungsinstitute, Nachhilfeeinstitute und Studentenheime gegründet. Wir können uns darauf einstellen, dass unsere Bildungsverantwortlichen vom Bund abwärts in den nächsten Monaten und Jahren mit unterschiedlichsten Projekten, Schul-, Kindergarten- und Internatsgründungen konfrontiert sein werden, in denen versucht wird, über die Bildungsschiene die Netzwerke auch hier in Österreich zu installieren.

Was gilt es dann zu tun?

Ich habe vorhin gesagt, dass viele dieser Gruppen als Vereine in Erscheinung treten, de facto aber politische Parteien sind. Hier bedarf es einer Expertendiskussion, wie es rechtlich gestaltet werden kann, dass man dem einen Riegel vorschiebt, ohne die wertvolle und gute Arbeit der anderen österreichischen Vereine in Bedrängnis zu bringen, die im Sozial- und Sportbereich, karitativen Bereich tätig sind und hervorragende Arbeit leisten. Mittlerweile gibt es einige vernünftige Stimmen aus der Politik, die sagen: Wenn es Gruppierungen gibt, die Konflikte hereintragen und diese auch teilweise gewalttätig austragen, gehört das aufgelöst. Bei den handelnden Akteuren gehören aufenthaltsbe-

dende Maßnahmen eingeleitet. Diese Möglichkeit haben wir bereits im Fremdenrecht, Aufenthaltsrecht und selbst im Staatsbürgerschaftsrecht.

Wie schätzen Sie das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft bei der türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich ein?

Die Doppelstaatsbürgerschaften in dieser Intensität zu diskutieren, hat selbstverständlich mit den gegenwärtig sehr angespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich zu tun. Das dieses Thema virulent ist und nicht erst seit gestern auf der Agenda steht, wissen alle, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Ein innenpolitischer Konflikt zwischen einem SPÖ-geführten Verteidigungsministerium und einem ÖVP-geführten Innenministerium sollte nicht auf dem Rücken der betroffenen (türkischstämmigen) Präsenzdiener ausgetragen werden, die ja zuletzt ganz besonders in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt wurden. Das Problem liegt wie so oft im Detail. Man muss sich genau anschauen, wer den Antrag um Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft gestellt hat. War es ein Familienantrag – Antragsteller wären in diesem Fall die volljährigen Eltern und zwar für die gesamte Familie – oder ein Antrag, der von bereits Volljährigen selbst gestellt worden ist? Wenn es ein Familienantrag war und die Eltern ohne das Wissen der damals noch minderjährigen Kinder die türkische Staatsbürgerschaft für die gesamte Familie wieder beantragt haben, darf es nicht sein, dass die Kinder, die in Österreich aufgewachsen sind und ihren Präsenzdienst abgeleistet haben, dafür die Rechnung bezahlen. Selbst, wenn der Antrag um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft von bereits erwachsenen volljährigen Türken gestellt worden ist und diese im Nachhinein wieder die türkische Staatsbürgerschaft beantragt haben, sollten wir die Thematik nicht kriminalisieren. Wem nützt der Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft? Wir können gegenwärtig nur unter großer Kraftanstrengung rechtskräftig negativ beschiedene Asylwerber außer Landes bringen. Wie sollten wir es dann schaffen, in Österreich aufgewachsene Personen außer Landes zu bringen, ohne bestehende Gesetze wie das Recht auf Familienleben zu brechen? Wem würde so ein automatischer Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft nutzen? Erdogan und seine Ableger werfen Europa und insbesondere Österreich vor, ein Hort des Rassismus und der Türkenfeindlichkeit zu sein. Wir würden mit der Aberkennung von tausenden Staatsbürgerschaften von jungen Türken, die in Österreich aufgewachsen sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, diese unweigerlich in die Hände von Erdogan und seinen Ablegern treiben und nur das bestätigen, was er von uns Österreichern hält. Davon abgesehen, dass diese Menschen sowieso über kurz oder lang einen anderen Aufenthaltstitel erhalten werden müssen,

würden wir ein Klima schaffen, das den Nährboden für ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft bieten würde. Hier sollte man eine Regelung finden, die nicht weiter Öl ins Feuer gießt, sondern die Grenzen des Rechtsstaates aufzeigt, ohne die tausenden Personen in die Hände von Erdogan zu treiben.

Die Nettomigration von der Türkei nach Österreich war in den letzten Jahren zwar immer im Plus, aber doch recht niedrig. Wie schätzen Sie angesichts der aktuellen Ereignisse die zukünftigen Migrationsbewegungen von Türken nach Österreich und in die EU ein?

Wenn die Visa-Liberalisierung durchgehen sollte, dann rechne ich schon mit einem erhöhten Migrationsaufkommen aus der Türkei nach Europa bzw. nach Österreich, weil viele hier auch Familienangehörige haben. Aus menschlicher Sicht ist das absolut nachvollziehbar, wenn sie ihre Familienangehörigen herholen, sie einladen und ihnen zeigen möchten, wo und wie sie leben. Auf der anderen Seite gibt es mittlerweile sehr viele Syrischstämmige in Österreich. Wenn die Türkei jetzt den in der Türkei lebenden Syrern – wie angedeutet – die türkische Staatsbürgerschaft verleiht, dann haben auch syrischstämmige Türken die Möglichkeit, über die Visafreiheit nach Europa und Österreich zu kommen. Nachdem hier viele Familienangehörige leben, wird das sicher zu einem Anziehungseffekt führen. Zudem gibt es aufgrund der politischen Entwicklungen mittlerweile sehr viele, die gefährdet sind und bedroht werden. Hier kann man damit rechnen, dass vielleicht aus bestimmten Bevölkerungsteilen vermehrt Asylanträge gestellt werden. Das hängt auch von der inner-türkischen Entwicklung ab. Vieles deutet darauf hin, dass es in einen Bürgerkrieg geht bzw. gibt es schon einen Bürgerkrieg, der aber noch regional und begrenzt ist. Wenn sich das so weiterentwickelt, sich die Zivilgesellschaft mit Waffen eindeckt, die islamistischen Strömungen immer mehr an Einfluss gewinnen und gleichzeitig der türkisch-kurdische Konflikt weitgehend eskaliert und in die Städte getragen wird, könnte das ebenfalls zu einem vermehrten Druck führen, aus der Türkei auszuwandern.

Was kann und sollte die Politik tun und wie sollten öffentliche Institutionen handeln?

Der Staat kann und soll natürlich über die Migration entscheiden, wer wann einwandern darf und wen man gerade benötigt. Da sind wir in einem riesengroßen Dilemma. Denn die, die wir brauchen, bekommen wir nicht, da Österreich aufgrund der deutschen Sprache, der massiven steuerlichen Belastungen und auch je nach Region und Branche wegen der Einstellung, die man gegenüber Migranten und Fremden hat, nicht besonders attraktiv ist. Das führt dazu, dass die gut Ausgebildeten, die wir eigentlich möchten, eher einen

„Aus meiner Erfahrung muss ich sagen, dass es im Bereich der nationalistisch islamistischen Gruppierungen keine Integration geben kann.“

Bogen um Österreich machen. Und die, die wir eigentlich nicht brauchen, die unqualifizierten Analphabeten, eher kommen. In einer Hochleistungsgesellschaft brauche ich halt keine ungebildeten Leute mehr. Hier ist die Politik in einem massiven Spannungsfeld. Wir müssen die Diskussion ehrlich führen. Bis jetzt war es so, dass wenn jemand subsidiären Schutz oder einen positiven Asylbescheid bekommen hat, war er für immer da. Ich glaube, wir müssen verstärkt die Aufmerksamkeit dahin richten, von wo die Leute kommen. Es herrscht nicht überall Krieg, wie oft suggeriert wird. Es muss also auch zu Rückführungen kommen. Wie viele Aberkennungen haben wir denn? Das tendiert fast gegen null. Wir müssen der Bevölkerung reinen Wein einschenken, indem wir sagen: Wer Schutz braucht, bekommt sie, aber auch nur zeitlich befristet. Wenn wieder Ruhe im Herkunftsland einkehrt, dann muss man die Leute auch zurückführen. Aber man kann die Zeit sinnvoll nutzen und das tun wir nicht. Diese vielen Menschen, die hier sind, könnten wir als Multiplikatoren aufbauen. Damit wir mit unserer Wirtschaft einen Fuß in der Tür haben, wenn jene, die Brückenfunktion zwischen der Wirtschaft, den Kulturen und Religionen einnehmen, wieder zurückkehren. Was Besseres kann uns nicht passieren.

Efgani Dönmez,
PMM ist Abgeordneter zum Bundesrat a.D., Lektor an der Fachhochschule OÖ, GWH-Techniker, Sozialarbeiter, Kolumnist und Selbstständiger im Bereich Konfliktberatung und Mediation. Er ist Gründer und Initiator der Europäischen Bürgerinitiative gegen Extremismus.

Cengiz Günay



Cengiz Günay kritisiert, dass der Integrationsbegriff stark kulturalistisch geprägt sei und nur in Bezug auf bestimmte Gruppen diskutiert wird. Er betont, dass es in Österreich schwer sei, Veränderungen herbeizuführen beispielsweise bei der Beteiligung von Frauen in der Gesellschaft.

In Österreich leben rund 200.000 bis 300.000 Personen türkischer Abstammung. Wie gut ist diese Gruppe Ihrer Meinung nach integriert?

Ich muss ehrlich gestehen, ich habe ein Problem mit dem Integrationsbegriff und wie er in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Was sind die Kriterien einer Integration? Wer legt fest, ob wer integriert ist oder nicht? Mein Ansatz ist, wenn jemand in einem Land lebt, hier insofern verwurzelt ist, als seine Kinder hier zur Schule gehen und er finanziell seinen Lebensmittelpunkt in diesem Land hat, dann ist er in diesem Land integriert. Alles andere ist meiner Meinung nach wirklich Firlefanz und eigentlich nicht Aufgabe von anderen zu bewerten, wie ich mich kleide, wie ich spreche, was ich im Fernsehen sehe. Das sind nicht Aufgaben des Staates oder der breiteren Gesellschaft, weil ich mir dieses Recht auch selbst vorbehalten möchte. Wo meine Kritik ansetzt ist, dass dieser Integrationsbegriff sehr stark kulturalistisch geprägt ist und immer nur in Bezug auf bestimmte Gruppen diskutiert wird. Das sind jetzt im Moment vor allem Muslime und insbesondere Türken, wobei es eigentlich um die Andersartigkeit geht. Es ist die Angst vor dem Anderen, die diese Diskussionen treibt. Es ist keine sachliche Diskussion. Es herrscht die Angst, dass da irgendetwas außer Kontrolle gerät. Diese Angst besteht deswegen, weil man das Gefühl hat, man kennt diese Gruppe nicht, weil sie fremd ist. Fremd ist sie aber nur deswegen, weil man sich auch nicht damit

„Erdogan spielt diesen Blues, den die Leute verstehen.“

auseinandersetzt. Die Auseinandersetzung erfolgt nur über Äußerlichkeiten wie die Kleidung, die Frage des Kopftuches. Wir diskutieren hier über Dinge wie den Burkini, den man im Alltag nirgends sieht. Gestern habe ich in einer Fernsehdiskussion eine Frau gesehen, die zu Recht gesagt hat, dass das eine Scheindiskussion ist. Wir sollten darüber diskutieren, dass Frauen noch immer nicht gleich viel verdienen. Das betrifft mehr Frauen als der Burkini. Wir diskutieren meiner Meinung nach über die vollkommen falschen Dinge in der Gesellschaft, weil es eine tolle Ausrede ist.

Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern nimmt nur eine Minderheit (42 Prozent) der türkischstämmigen Frauen am Erwerbsleben in Österreich teil. Was sind die Gründe dafür?

Das hat vielschichtige Gründe. Zum einen muss ich gleich vorweg sagen, dass das nicht unbedingt die Realität in der Türkei widerspiegelt. Die Türkei ist ein Land voller Widersprüche. Es gibt so viele Universitätsprofessorinnen, wie es sie zum Beispiel in Österreich nicht gibt. Die Türkei hat eine Ministerpräsidentin gehabt, Österreich hatte bis jetzt noch keine Regierungschefin. Man kann jetzt nicht Erfahrungen mit bestimmten Gruppen hier in der Diaspora auf alle spiegeln. Österreich ist kein Land, das Migration aus hohen Bildungsschichten anzieht. Das hat mit der Struktur von Österreich zu tun, wie ausländische Arbeitskräfte gesehen

werden und angeworben wurden. Österreich war eigentlich immer an billigen Arbeitskräften interessiert. So war es auch vor 50 Jahren bei den Gastarbeitern. Es war verhältnismäßig uninteressanter für einen Arzt, nach Österreich zu gehen, als für jemanden, der ungebildet ist, weil in Österreich vor allem ungebildete, einfache Arbeitskräfte gesucht wurden und das Lohnniveau in Österreich niedriger war als z.B. in Deutschland. Das war eine Art Subvention für die sich in Schwierigkeiten befindenden österreichischen Firmen. Es ist eine ganz gezielte Politik gewesen, dass man Leute aus dem ländlichen Raum holte, die dann auf dem Bau oder in Fabriken arbeiteten. Inzwischen gibt es die zweite und dritte Generation, die sich hochgearbeitet hat.

Was könnte man gegen die geringere Frauenbildungsbeteiligung tun?

Man kann gezielt Kurse anbieten. Man kann die Frauen ansprechen, indem man auch andere türkische Migrantinnen einbezieht.

In Wien sind türkische Staatsangehörige die größte Gruppe der ausländischen Mindestsicherungsbezieher (BMS). Was sind die Gründe dafür?

Das wusste ich nicht. Ich kann mir nur vorstellen, dass es sich dabei um Leute handelt, die Langzeitarbeitslose waren bzw. dass das auch ein bisschen mit der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes zu tun hat. Während man früher einfache Hilfskräfte gebraucht hat, braucht man sie jetzt immer weniger bzw. für niedrigere Arbeiten wie Straßen kehren usw. Ich kann mir vorstellen, dass sich auch durch die EU-Erweiterung einerseits die Angebote vervielfältigt und verändert haben und sich aber gleichzeitig die Strukturen, also die Arbeit sehr stark verändert hat.

Auch die Bildungsbeteiligung Jugendlicher, die in der Türkei geboren wurden, ist mit 63,3 Prozent im Vergleich zu anderen Herkunftsländern besonders gering. Was sind die Gründe dafür?

Das ist wahrscheinlich jene Gruppe, die relativ spät nach Österreich gekommen ist. Nachdem sie erst in den 90er-Jahren kamen, könnte ich mir vorstellen, dass diese Gruppe genau da hinein fällt. Das sind vor allem Leute gewesen, die in der Türkei Lastwagenfahrer, Handwerker oder Bauarbeiter usw. waren. Deren Kinder, also die Generation jetzt, sind erst dann nachgekommen. Die Gruppe, könnte ich mir vorstellen, ist bei der Bildungsbeteiligung nicht vertreten. Aber auch das österreichische Schulsystem fördert nicht ausreichend. Wir sind das Land in dem sich Bildung am meisten familiär vererbt, das heißt die Wahrscheinlichkeit, dass vor allem Kinder von Akademikern auch Akademiker werden ist viel größer als in vielen europäischen Ländern.

Wie könnte man bei der niedrigeren Bildungsbeteiligung ansetzen?

Man muss schauen, wie man Leute fördern kann. Wir haben institutionelle Strukturen und einen Zugang zu Bildung, die teilweise noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. Es gibt revolutionäre Ansätze, nur die strukturellen Reformen sind schwierig, weil so viele Interessen daran hängen und weil es ein massives Umdenken braucht. Die österreichische Gesellschaft ist eine sehr konservative, die sehr schwierig Veränderungen herbeiführt. Veränderungen im großen Stil bzw. ein Umdenken sind noch schwieriger. Das passt auch ganz gut zusammen bei der Frauenbeteiligung. Österreich ist nicht nur bei Migrantinnen, sondern auch allgemein gesehen ziemlich weit hinten. Wir sollten uns also gesamtstaatlich und gesellschaftlich damit auseinandersetzen. Und da gibt es Förderungsmaßnahmen.

Unter türkischen Zuwanderern ist das Zugehörigkeitsgefühl zum österreichischen Staat im Vergleich zu anderen Herkunftsländern weitaus geringer. So fühlen sich laut einer GfK-Erhebung aus dem Jahr 2016 weniger als die Hälfte der Zugewanderten aus der Türkei dem österreichischen Staat zugehörig. Was sind die Gründe dafür?

Das wundert mich überhaupt nicht. Der Kontakt, den viele Migrant/innen aus der Türkei mit der breiteren Gesellschaft haben, ist oft negativ. Menschen wird eine offene Ablehnung entgegengebracht. Es sind viele Kettenreaktionen, die dann auch viele Vorurteile bestätigen. Österreich ist inzwischen in der Türkei als ausländerfeindliches bzw. türkeifeindliches Land bekannt. Man kommt also schon in ein Land, wo es heißt: „Die sind unfreundlich, die mögen uns nicht.“ Das führt zu einer Angst und es wird dann alles doppelt so stark wahrgenommen. Vielleicht auch aufgrund von sprachlichen Missverständnissen.

Was könnte man Ihrer Meinung nach tun?

Den Fokus nicht immer nur auf den anderen legen, sondern sich auch mit sich selbst auseinandersetzen. Das gilt für alle in der Gesellschaft. Ich will jetzt nicht die Probleme wegreden. Aber viele der sachlichen Problem, z.B. im schulischen Bereich werden einfach kulturalisiert. Wichtig ist, dass man akzeptiert, dass sich die Welt und damit auch Österreich und die eigene Umgebung verändern und an allen Problemen sind nicht die Ausländer schuld. Damit sich Menschen hier wohl fühlen müssen sie das Gefühl haben, so akzeptiert zu werden wie sie sind. Es braucht eine Offenheit und einen anderen Zugang. Fremd sein an sich darf nichts schlechtes sein.

Wie schätzen Sie das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft bei der türkischstämmigen Gruppe ein?

Ich halte es für einen Skandal, wie über die Doppelstaatsbürgerschaft debattiert wird. Die Doppelstaatsbürgerschaft ist in vielen Ländern etabliert. Es ist ein antiquiertes Verständnis, dass man sich eine Identität wie ein Kleidungsstück an- und ausziehen kann und dann, wenn man das neue anhat, das alte nicht mehr trägt. Das funktioniert nicht. Ich finde es auch einen Skandal, dass in diesem Kontext immer nur über die Türken und die türkische Doppelstaatsbürgerschaft gesprochen wird. Es gibt genug Leute, die sich im Nachhinein eine amerikanische oder andere Staatsbürgerschaft geholt haben, die aber nicht hinterfragt wird, weil sie geborene Österreicher sind. Es geht um Konvertierung, das ist der eigentliche Gedanke dahinter, der nicht offen ausgesprochen wird, und das Eigentliche ist, dass es um Assimilierung geht. Es geht nicht um Integration, es geht nicht darum, dass Leute hier leben und alles abstreifen, was davor war. Sie sollen konvertieren zum „Österreichertum“.

Wie schätzen Sie die Pro-Erdogan Demonstrationen in Österreich nach dem Putschversuch im Juli letzten Jahres ein?

Also ganz ehrlich, als ich am ersten Tag diesen Demonstrationzug gesehen die „Allahu ekber“-Rufe gehört habe, hat mich das erschreckt. Gleichzeitig kann ich nicht vorschreiben, wer demonstrieren darf und wer nicht. Ich glaube, dass die Leute das Recht haben zu demonstrieren. Ich finde die Diskussionen darüber, ob man das verbieten kann oder soll, falsch. Ich finde auch – so kritisch ich selbst der türkischen Regierung gegenüber stehe – die Schlüsse, die daraus in der österreichischen Öffentlichkeit gezogen werden, falsch. Die Dinge sind komplex und warum so viele Leute Erdogan und die türkische Regierung toll finden, hat verschiedene Gründe. Einerseits ist es so, dass die Leute aus dem ländlichen Bereich kommen und dort sehr viele Fortschritte erzielt wurden. Immer, wenn sie in die Türkei zurückkommen, ist alles ein bisschen modernisierter. Sie nehmen aus der Ferne wahr, dass die Türkei ein Land ist, das sich in den letzten Jahren sehr entwickelt hat. Und es gibt eine gefühlte Sicherheit, die die hiesige Gesellschaft nicht gibt. Sie haben das Gefühl, sie hätten einen Fürsprecher. Erdogan haut auf den Tisch: „So nicht meine Freunde, wir sind euch nicht untergeordnet, sondern wir sind gleichwertig“ sagt er den Europäern. Das ist die Message an seine Leute, die auch im Ausland leben. Außerdem ist Erdogan jemand von ihnen. Also auch jemand, der ein Migrant ist – als Sohn von Leuten, die aus dem ländlichen Bereich in die Stadt gezogen sind. Als er damals angetreten ist, hat er gesagt: „Wir sind die ‚schwarzen Türken‘, also wir sind die ‚Schwarzen‘ in diesem Land.“ Er spielt diesen Blues, den die Leute verstehen. Das ist seine Botschaft und die kommt bei vielen Leuten, die sich selbst auch als „Schwarze“ sehen, gut an.

Wird es in nächster Zeit zu ähnlichen Vorfällen bzw. Demonstrationen kommen?

Das war eine reine Reaktion auf den Putschversuch in der Türkei. Man muss sagen, dass das wirklich dramatisch war, wenn man die Bilder im türkischen Fernsehen gesehen hat. Es war eine Solidaritätsbekundung. Die Form, wie das abgelaufen ist, finde ich nicht gut. Ich habe nicht das Gefühl, dass es um Demokratie geht, sondern mehr um Erdogan. Ich glaube, wir leben in einer Zeit der Globalisierung und Vernetzung, in der Vorgänge auch in anderen Ländern stärker wahrgenommen werden und die Diaspora diese Vorgänge natürlich widerspiegelt. Problematisch sind auch die Spannungen zwischen Kurden und Türken, die sicherlich mitbedingt sind durch das Verhalten der türkischen Regierung, durch die Polarisierung des Kurses in der Türkei. Leider sehen viele Menschen diese Sachen, zum Beispiel diesen polarisierenden Diskurs von Erdogan, unkritisch, weil sie ihn eben so toll finden. Ich finde es bedenklich, dass sie nicht reflektieren und dann auch nicht aktiv werden. Was man da machen kann? Sie nur dafür zu kritisieren reicht nicht.

„Zudem werden sicher auch ein paar Leute, die in Pension gehen, dauerhaft ihren Pensionsitz in die Türkei verlegen.“

Wie wirkt sich das Ihrer Meinung nach auf das Zusammenleben mit Österreichern aus?

Ich glaube, dass insofern etwas überschritten wurde, als viele türkischstämmige Menschen meinen: „Es ist eh egal, was wir machen, die mögen uns sowieso nicht.“ Das ist nicht gut. Das gibt einem eine Narrenfreiheit.

Wie schätzen Sie den Einfluss aus der Türkei, vor allem der AKP, auf die türkeistämmige Community in Österreich ein?

Das ist schwierig. Was ist Einfluss? Sehr viele sympathisieren. Das ist auch ein bisschen eine Bildungssache. Die wenig Gebildeten sympathisieren stärker als die, die mehr Bildung haben. Unter den Gebildeteren ist die Kritik an der AKP wahrscheinlich größer. Er verkauft sich ja auch so: „Ich bin euer Vertreter gegen die da oben.“ Obwohl er selbst schon so lange an der Macht ist. Die Zahl derer, die sich mit ihm solidarisieren und auf die Straße gehen, ist ja doch noch relativ wenig. Es sind nicht 300.000 Leute auf die Straße gegangen. Es hatte zudem diesen Volksfest-Charakter. Wie viele mitgegangen sind, weil auch der Freund gegangen ist und der Nachbar gesagt hat, „Kommt’s doch, da ist was los, gemma!“, wissen wir auch nicht. Die AKP hat es geschafft, sich im Vorfeld im In- und Ausland Organisationen aufzubauen. Das sind Vereine, beispielsweise wie die UETD, die vor allem in der Vernetzung und Koordinierung für die AKP aktiv sind. Aber so sehr das bedenklich scheinen mag, die AKP ist trotzdem noch eine demokratisch legitimierte Partei. Auch wenn mir die Tendenz nicht gefällt und es autoritäre Tendenzen gibt, es ist eine Partei.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen – wie schätzen Sie die zukünftige Migrationsbewegungen von Türken nach Österreich und in die EU ein?

Grundsätzlich ist Österreich kein attraktives Land für Migration, nicht nur aus der Türkei, sondern generell. Das hat damit zu tun, dass Österreich nicht den besten Ruf hat. Ich glaube, wir müssen uns dessen auch bewusst werden, wie gut es ist. Denn da gibt es große Diskrepanzen. Die, die kommen, sind meistens die, die eigentlich woanders hinwollten, es aber nicht geschafft haben – nach Deutschland etc. zu kommen. Insofern wird die Migration aus der Türkei jetzt nicht in Massen stattfinden. Die Türkei entwickelt sich wirtschaftlich zwar schlechter als noch vor ein paar Jahren, aber immerhin noch ein bisschen. Viele Leute haben noch weiterhin die Hoffnung, dass es aufwärts geht. Zudem werden sicher auch ein paar Leute, die in Pension gehen, dauerhaft ihren Pensionsitz in die Türkei verlegen. Ich kenne viele Leute, die das schon getan haben. An eine Massenmigration glaube ich also nicht – aber wer weiß, wie sich alles entwickelt, ob es zu einem Bürgerkrieg kommt oder die jetzige Situation anhält. Man kann nicht in die Zukunft blicken. Den Syrienkrieg konnte man auch nicht vorhersehen.

Was können bzw. sollen Politik und öffentliche Institution in dieser Hinsicht machen?

Den Diskurs verändern, auf die Leute zugehen und nicht das Wesen der Leute als Problemursache definieren. Das wird zu nichts führen.

Cengiz Günay
ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik und Lektor an der Universität Wien und Vortragender an der Donau-Universität Krems. Er kann auf mehrere Forschungsaufenthalte in der Türkei, in Ägypten, Tunesien und Großbritannien zurückblicken. Zuvor war er Korrespondent für CNNTurk.

Nalan Gündüz



Nalan Gündüz warnt davor, dass die aktuellen Ereignisse zu einer starken Belastung des friedlichen Zusammenlebens in Österreich führen können. Jene Menschen, die schon einige Jahre in Österreich leben aber kaum Deutsch sprechen und sich nicht für Österreich interessieren, wirft sie Verantwortungslosigkeit vor, da es mittlerweile genug Integrationsmaßnahmen gibt, die man in Anspruch nehmen kann.

Wie wird Ihrer Meinung nach das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei am 16. April ausgehen?

Präsent ist ja fast ausschließlich die Berichterstattung zu den „Ja“-Stimmen. Diese Dominanz in den Medien ist nicht zu übersehen und bestätigt, dass das „Ja“-Lager augenscheinlich ein stärkeres Sprachrohr hat, denn selbst den Meinungsinstituten fehlen objektive und vergleichende Zahlen. Trotzdem gibt es Umfragen, die ein knappes Ergebnis voraussagen. Umfragen bestätigen zudem, dass es für einen großen Teil der „Ja“-Fraktion gar nicht um den Inhalt der möglichen Verfassungsänderungen geht. Es ist vielmehr eine demonstrative Entscheidung für oder gegen Präsident Erdogan. Die politische Figur und die Partei dahinter sind die eigentlichen Antriebsfaktoren, nicht so sehr die Auswirkungen auf die Verfassung der Türkei. Bei der vergangenen Parlamentswahl 2015 habe ich noch in Ankara gelebt und konnte beobachten, was eine Wahl in der Türkei mit Teilen der Gesellschaft macht und wie emotional es werden kann.

Fällt Ihnen ein Beispiel ein?

Einmal war ich Zeuge eines Streitgesprächs zwischen einer CHP-Anhängerin und einem AKP-Wähler. Anfangs war es noch ein gutes Zureden, die ältere Dame versuchte den jüngeren Herren noch sehr freundschaftlich davon zu überzeugen, dass die Türkei auf dem falschen Weg sei. Von Atatürk über Religion, Europa, Kurden, Wirtschaft bis hin zu Kon-

„Jungen Menschen, die schon einige Jahre in Österreich leben und kein bzw. wenig Deutsch sprechen und sich für Österreich nicht interessieren, werfe ich Verantwortungslosigkeit vor.“

trolle, Treue, Zukunft der Kinder – alles wurde thematisiert. Am Ende beschuldigten sie sich dann gegenseitig als „Verräter“. Auch jetzt wird sich unter den Wahlberechtigten viel tun. Und sollte es ein knappes Ergebnis werden, würde es mich nicht überraschen.

Welche Rolle werden die jüngsten Eskalationen in den Niederlanden, Deutschland und anderen EU-Ländern dabei spielen?

Diese Ereignisse stärken das Zugehörigkeitsgefühl und auch die Kraft der Erdogan-Anhänger. Außerdem wird die türkische Politik „ihre“ Türken im Ausland in die Opferrolle drängen. Das spielt in die Hände Erdogans, er kann seine Anhänger noch stärker mobilisieren. Vielleicht wird es aber auch Wahlberechtigte geben, für die die Ereignisse das Fass zum Überlaufen bringen und die „Nein“ zum Referendum sagen werden. Und möglicherweise gerade Menschen, die ursprünglich gar nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollten. Die Eskalationen sind ja aufgrund der Einreise- bzw. Wahauftrittsverbote entstanden. Diplomatisch waren das sicherlich wichtige Zeichen seitens der EU-Länder. Überhaupt verbietet es ja auch das türkische Gesetz, Wahlwerbung im Ausland zu machen. Die Frage ist, ob nun allen Parteien solche Wahlkampfauftritte untersagt werden oder im Einzelfall geprüft wird, ob die Sicherheit gefährdet ist.

„Die Diskussion ist keine rationale, sondern wird sehr schnell emotional. Erdogan-Kritiker – mit oder ohne Wurzeln in der Türkei – werden sofort als Türkei-Gegner oder Verräter dargestellt.“

Wie bewerten Sie das Vorgehen der türkischen Regierung im Zusammenhang mit der Wahlwerbung bei Auslandstürken in Europa? Welche Strategie steckt dahinter?

Jede politische Partei möchte möglichst viele Wählerstimmen erreichen und wirbt daher auch um die im Ausland lebenden Wahlberechtigten. Mit der AKP an der Regierungsspitze wurde das Wahlrecht für im Ausland lebende Türken ja auch reformiert und einfacher gestaltet. In Deutschland handelt es sich immerhin um fast 1,5 Millionen Wahlberechtigte. Die Strategie lautet also: Es sollen möglichst viele Wähler erreicht werden.

Wie werden sich die aktuellen Ereignisse auf das Zusammenleben zwischen der türkischen Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft auswirken? Bzw. auf das Zusammenleben innerhalb der inhomogenen türkischen Bevölkerung in Österreich?

Im ersten Moment kommt mir der Gedanke, dass diese Ereignisse nicht integrationsfördernd, sogar stark polarisierend sind und gesellschaftlich nicht so leicht verdaut werden können. Auf der anderen Seite können diese Ereignisse Menschen auch zum Nachdenken und Hinterfragen animieren. Solche Eskalationen können ein Ausgangspunkt für eine Wende sein. Die Diskussion ist keine rationale, sondern wird sehr schnell emotional. Erdogan-Kritiker – mit oder ohne Wurzeln in der Türkei – werden sofort als Türkei-Gegner oder Verräter dargestellt. Was mich sehr beschäftigt und darum Sorge ich mich wirklich: Die Community der Türkeistämmigen in Österreich, die nie homogen war und ist, wird nun wieder sehr stark in Schubladen gedrängt. Die Kluften vergrößern sich. Das kann zu einer starken Belastung des friedlichen Zusammenlebens führen.

Was sagen Sie zu dem in diesem Kontext ausgesprochen harten Umgang von Österreich und der EU mit der Türkei? Von vielen österreichischen Politikern sind ja sehr deutliche Worte wie „Quasi-Diktatur“ etc. gefallen.

Die Beschimpfungen finden ja beidseitig statt. Solche Umgangstöne wirken bis in die Gesellschaft hinein und berühren die Gemüter. Für die Politiker kann es in ein paar Monaten wieder vergessen sein. Es gibt aber sicher auch Gruppen in Österreich, die sich provoziert, verletzt und andererseits gestärkt fühlen. Was machen wir mit ihnen? Grundsätzlich bin ich für eine Diplomatie mit klaren Botschaften. Die Türen aber nicht ganz zu verschließen und den Dialog auch in schwierigeren Zeiten zu wahren, halte ich ebenso für wichtig.

In Österreich leben rund 200.000 bis 300.000 Personen türkischer Abstammung. Wie gut ist diese Gruppe Ihrer Meinung nach integriert?

Die Türkeistämmigen gehören zu Österreich, das sollte unser Ausgangspunkt sein. Die erste Generation ist eine spezielle. Denn sie wollte ursprünglich nicht hier bleiben und lebte unter komplett anderen Voraussetzungen. Integrationsmaßnahmen gab es damals nicht. Andere Umstände und Ziele wie Arbeit und Unterkunft standen im Vordergrund. Diese Generation war ja auch immer hin- und hergerissen, manche sind tatsächlich zurückgekehrt, andere haben Ehemänner und Ehefrauen nachgeholt und eine Familie gegründet. Diese Generation hat sehr viel gearbeitet. Und sie hat Österreich mit aufgebaut. Anders ist und war natürlich die Situation für die zweite und dritte Generation. Und da hängt sehr viel vom Elternhaus und der Mehrheitsgesellschaft ab. Werden Kinder und Jugendliche von ihren Eltern nicht unterstützt, kann auch eine sehr positive Integrationsmaßnahme nicht greifen. Haben aber Türkeistämmige, die alles richtig gemacht haben, was man richtig machen kann, indem sie einen Beruf erlernen oder einen Universitätsabschluss haben, immer noch Schwierigkeiten bei der Wohnungs- oder Jobsuche, dann geht unsere Integrationsrechnung nicht auf. Jedes Vorurteil, das beim „anders klingenden Namen“ beginnt, mündet in eine große Enttäuschung und macht die Integration, die einen wechselseitigen Prozess erfordert, fraglich.

An wen genau richtet sich Ihre Kritik innerhalb der türkischen Community?

Jungen Menschen, die schon einige Jahre in Österreich leben und kein bzw. wenig Deutsch sprechen und sich für Österreich nicht interessieren, werfe ich Verantwortungslosigkeit vor. Das klingt jetzt hart und ist schmerzlich, weil es wahr ist. Wir müssen auch einmal sagen können: „Hey, es ist kontraproduktiv, wenn du kein Deutsch lernst und wenn du dich für die Mehrheitsgesellschaft nicht interessierst.“ Das muss auch innerhalb der Community geschehen. Denn Integration betrifft uns alle. Und Möglichkeiten, Deutsch zu lernen und andere Integrationsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, gibt es mittlerweile genug. Die Frage „Warum lebst du in Europa, wenn du dich nicht für deren Kultur, Sprache und Politik interessierst?“ darf dann auch nicht als Angriff verstanden werden. Diese Frage kommt übrigens nicht nur von der ach so kritischen Mehrheitsgesellschaft, sondern auch von den Türken in der Türkei. Ich bin im Übrigen trotzdem der Meinung, dass ein großer Teil bestens integriert ist. Neben Anerkennung halte ich vor allem Chancengleichheit für ein wichtiges Kriterium, um zu einer Gesellschaft dazuzugehören.

Welchen Einfluss haben Organisationen aus der Türkei, insbesondere AKP-Organisationen, auf die Türken in Österreich?

Vereine dienen der Sozialisation und haben in den Communities immer schon eine wichtige Rolle gespielt. AKP-Organisationen deklarieren sich ja nicht als solche. Eine politisch orientierte Organisation wird nun einmal auch entsprechende Interessen verfolgen. Insbesondere, da ja die AKP eine sehr aktive Diasporapolitik verfolgt. Zu hinterfragen ist, inwiefern Bereiche wie Religion, Politik, Bildung und Integration in der Arbeit dieser Organisationen vermischt werden und sie repräsentativ für die Türkeistämmigen in Österreich auftreten. Das ist mit großer Vorsicht zu genießen, denn ein Großteil der Türkeistämmigen sieht sich durch diese Organisationen eben nicht vertreten.

Sprechen wir generell über das Zusammenleben in Österreich: Wo sehen Sie die kritischen Punkte bei der Integration?

Gesellschaftlich müssen wir wieder mehr zusammenfinden. Dazu könnte bei der Mehrheitsgesellschaft mehr Sensibilisierungsarbeit geschehen. Aktuell vermisse ich mehr politischen Zuspruch zu einem Miteinander. Denn Integration geschieht auch über Zuspruch. Ich finde es auffällig, dass gerade in schwierigen Zeiten in diese Richtung weniger passiert. Eine schnelle gesellschaftliche Partizipation speziell für neu zugewanderte Frauen halte ich für besonders wichtig. Für sie selbst und für ihre Kinder. Dazu müssen auch die Männer stärker in die Verantwortung genommen werden. Im Rahmen meiner Tätigkeit an der Österreichischen Botschaft in Ankara hatte ich viele junge Frauen in der Beratung, die interessiert und sehr motiviert wirkten. Für viele war es völlig klar, Deutsch zu lernen, arbeiten zu gehen, sogar einen Beruf zu erlernen.

Zugewanderte müssen weiterhin und noch intensiver dabei unterstützt werden, sich so schnell wie möglich zu integrieren. Jene, die schon länger in Österreich leben, haben eine gewisse Vorbildwirkung. In dieser Rolle müssen sie auch ehrlich und freundschaftlich genug sein, um diejenigen, die neu zuwandern, davon zu überzeugen, was für eine erfolgreiche Integration notwendig ist – und sie dabei unterstützen. Sie könnten also nicht nur zum Dolmetschen, sondern auch zum Deutsch beibringen zur Verfügung stehen. Zugewanderte ständig an der Hand zu nehmen, ist zwar nett, aber auf lange Sicht keine Lösung. Zugewanderte hingegen dabei zu unterstützen, selbst aktiv zu werden und Chancen wahrzunehmen, könnte durchaus auch innerhalb der Community geschehen.

„Die Community der Türkeistämmigen in Österreich, die nie homogen war und ist, wird nun wieder sehr stark in Schubladen gedrängt. Die Kluften vergrößern sich. Das kann zu einer starken Belastung des friedlichen Zusammenlebens führen.“

Unter türkischen Zuwanderern ist das Zugehörigkeitsgefühl zum österreichischen Staat im Vergleich zu anderen Herkunftsländern weitaus geringer. So fühlen sich laut einer GfK-Erhebung aus dem Jahr 2016 weniger als die Hälfte der Zugewanderten aus der Türkei dem österreichischen Staat zugehörig. Woran liegt das?

Als Kind habe ich auf türkischen Hochzeiten immer wieder erlebt, wie Frauen und Männer nicht (oder nicht nur) zu Liedern über die Liebe, sondern zu jenen über Heimat und Familie geweint haben. Es geht also wirklich ganz stark um dieses Gefühl von Familie und Sehnsucht. Aber auch um die Sprache, die Küche und den lang ersehnten Urlaub bei den Verwandten in der Türkei. Ich denke, dass solche Umfrageergebnisse mehr über das emotionale Zugehörigkeitsgefühl aussagen. Wir kennen das Phänomen, dass österreichische Pensionisten mit Wurzeln in der Türkei, die ein Leben lang auf die Rückkehr in ihre „Heimat“ gewartet haben, dann, wenn es endlich so weit ist, plötzlich bemerken, dass sie nun doch zwei Heimatländer haben. Sie beginnen zu pendeln, weil in der Zwischenzeit eine emotionale Bindung zu Österreich – etwa aufgrund der Kinder, Enkelkinder und Freunde – entstanden ist. Diese Personen sind es dann auch, die in der Türkei Österreich verteidigen. Außerdem entstehen Emotionen ja auch als Reaktion auf etwas und Türkeistämmige hatten unter den Menschen mit Migrationshintergrund schon immer eher schlechtere Karten. Das müssen wir auch einsehen. Da stellt die Verbundenheit zu einem Land, das man nicht einmal so gut kennt, für manche Menschen eben einen sicheren Anker dar – wenngleich nur auf emotionaler Ebene.

Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern ist die Bildungsbeteiligung Jugendlicher, die in der Türkei geboren wurden, mit 63,3 Prozent besonders gering. Was kann man dagegen tun?

Ich finde, dass wir bei diesen Werten auch Faktoren wie Bildungsstand der Eltern und sozioökonomische Umstände heranziehen müssen, um einen wirklichen Vergleich ziehen zu können. Grundsätzlich müssen wir aber versuchen, die Jugendlichen zu erreichen. Überall dort, wo sie sind: im Jugendcenter, im Verein, in der Moschee, im Park. Die Personen, die täglich mit Jugendlichen zu tun haben, müssen dahingehend auch unterstützt werden. Kinder und Jugendliche verdienen es, gestärkt zu werden, egal, aus welchem Elternhaus sie kommen. Wir können Pädagoginnen damit aber nicht allein lassen. Das muss ein Zusammenwirken aller Faktoren im Schul- und Bildungsbereich sein.

Im Vergleich zu anderen Herkunftsländern nimmt nur eine Minderheit, nämlich nur 42 Prozent, der türkischen Frauen am Erwerbsleben in Österreich teil. Was sind die Gründe dafür?

Es gibt sicher viele Gründe. Einer davon ist, dass für Frauen mit Wurzeln in der Türkei die Familiengründung eine größere Rolle spielt. Zudem geschieht das in einem früheren Lebensabschnitt und wird gesellschaftlich anders bewertet. Natürlich wird es auch patriarchalisch geprägte Kreise geben, in denen sich die Frage der Erwerbstätigkeit einfach nicht stellt, weil der Mann ohnehin für die Frau sorgen wird bzw. muss. Ausschlaggebend wird auch sein, welchen Bildungsstand diese Frauen haben und inwiefern sie überhaupt am Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Vielen Frauen ist es sicher auch Recht. Sie bevorzugen die Abhängigkeit, die ja nur in unseren Augen eine solche ist. Aus einem anderen Blickwinkel könnte man also auch sagen: „Ich brauche nicht zu arbeiten, mein Mann sorgt für uns.“ Das mag jetzt hart klingen, ist aber so. Es geht aber nicht ausschließlich darum, wer das Geld nach Hause bringt, es geht vor allem um die Selbstverwirklichung der Frau und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Partizipation, die sich aus einem Erwerbsleben ergibt.

Wie schätzen Sie das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft bei der türkischstämmigen Bevölkerung in Österreich ein? Sollten Türken das Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft haben?

Das Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich ist ganz klar: Sie lässt – bis auf wenige Ausnahmefälle – keine Doppelstaatsbürgerschaften zu. Im Fall der Türken heißt das: Sie verlieren die österreichische Staatsbürgerschaft, sobald sie (wieder) die türkische annehmen. Wenn es den österreichischen Behörden ein Anliegen ist, solche Fälle aufzudecken, dann sollten sie diesen Fällen auch konsequent nachgehen.

Wie bewerten Sie die Demonstrationen der Erdogan-Anhänger nach dem Putschversuch im Juli in Österreich?

Ein Grund für die Demonstrationen war sicher, dass es in der Türkei mehrere Putsche gegeben hat und viele Bilder und Erinnerungen wieder hochgekommen sind. Die Menschen sorgen sich ja auch um ihre Verwandten, Freunde und Familien. Dieser Sorge ist mit Verständnis zu begegnen. Viele verteidigen aber auch die „neue Türkei“, die unter der Regierung von Erdogan ein deutliches Wirtschaftswachstum und ein anderes Standing auf dem politischen Parkett bekommen hat. Für diese „neue, starke Türkei“ gehen junge Menschen auf die Straße. Sie verteidigen eine Person, eine Politik, ein Land, das sie in den vergangenen Jahren in ihrer eigenen Identität gestärkt hat. Die Demos sind aber letztlich nicht friedlich verlaufen und haben auch dazu gedient, den Nationalstolz auf die Straße zu tragen. Die Versammlungsfreiheit darf nie dazu missbraucht werden, Unruhe zu stiften oder gar Hetze zu betreiben.

Wie wirken sich diese Demonstrationen Ihrer Meinung nach auf das Zusammenleben der türkischen Gemeinde mit der Mehrheitsgesellschaft aus?

Die Wirkung hängt nicht nur von einer aktuellen Stimmung in der Integrationspolitik ab. Es geht da einfach auch um ganz klare Fakten. Jeder hat in einem demokratischen Staat wie Österreich das Recht zu demonstrieren – und zwar im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen. Wurde die Demo rechtzeitig angemeldet, wie sieht es mit der Sicherheit aus usw.? Und wenn speziell Letzteres nicht gegeben ist, also die Demo außer Kontrolle gerät und wir im Fernsehen eine hitzige und sogar aggressive Gruppe junger Männer sehen, dann prägt dieses Bild jeden von uns. Ganz klar.

Die Nettomigration war in den vergangenen Jahren zwar immer im Plus, aber doch recht niedrig. Wie schätzen Sie angesichts der aktuellen Ereignisse die zukünftigen Migrationsbewegungen von Türken nach Österreich und in die EU ein?

Ich denke, dass die Migration aufgrund von Familienzusammenführungen, insbesondere der Eheschließung, weiterhin bestehen bleibt. Es kommen ja nicht nur frisch verheiratete Frauen und Männer nach Österreich. Ich hatte in den Beratungen in Ankara regelmäßig Frauen mit Kindern, deren Väter seit zehn oder 15 Jahren in Österreich leben. Ich habe auch beobachtet, dass sich die meisten, die über die Familienzusammenführung nach Österreich kommen möchten, weniger Gedanken über das Zusammenleben in Österreich machen oder politische Entwicklungen verfolgen, sondern eine Ehe gegründet haben und nun zu ihren Ehemännern oder Ehefrauen ziehen wollen. Sie haben ein klares Ziel vor Augen und werden auch in ihrem Umfeld gestärkt, weil es meistens sehr viele in ihrem Bekanntenkreisen gibt, die einen Bezug zu Österreich oder Deutschland haben.

Nalan Gündüz
ist als Moderatorin in Österreich tätig. Zuvor war sie stellvertretende Leiterin des Integrationszentrums des Österreichischen Integrationsfonds in der Steiermark und Integrationsbeauftragte an der österreichischen Botschaft in Ankara. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Leopold-Franzens-Universität in Innsbruck.



0 1 / 2 0 1 7

Heinz Faßmann
Saïda Keller-Messahli
Carla Amina Baghajati
Zekirija Sejdini
Karin Kneissl
Ahmad Mansour



0 2 / 2 0 1 7

Mouhanad Khorchide
Evrin Ersan-Akkilic
Lamya Kaddor
Evrin Ersan-Akkilic
Karin Kneissl
Zekirija Sejdini
Abdel-Hakim Ourghi
Jasmin El-Sonbati



0 3 / 2 0 1 7

Kenan Güngör
Berivan Aslan
Birol Kiliç
Efgani Dönmez
Cengiz Günay
Nalan Gündüz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und Migrant/innen,
A-1030 Wien, Schlachthausgasse 30, T +43 (0)1/7101203, mail@integrationsfonds.at; Verlagsort/Herstellungsort: Wien; Bildnachweise: Michael
Gruber / EXPA / picturedesk.com (S. 4, S. 10), ÖIF (S. 16, S. 24, S. 30, S. 36)

Die Publikationsreihe „Perspektiven Integration“ präsentiert Einschätzungen von anerkannten Expert/innen, um eine fundierte Debatte über aktuelle Themen im Bereich Integration zu fördern. In der vorliegenden Ausgabe setzen sich sechs Expert/innen mit dem Thema Menschen türkischer Herkunft in Österreich auseinander.

***Im Gespräch mit Köksal Baltacı
(„Die Presse“)***

Kenan Güngör ist Leiter des Beratungs- und Forschungsbüros „think.difference“. Als internationaler Experte für Integrations- und Diversitätsfragen berät und begleitet er staatliche & nichtstaatliche Organisationen auf der Bundes-, Landes- & Gemeindeebene. Darüber hinaus ist er Mitglied des Expertenrats für Integration.

Berivan Aslan ist seit 2013 Abgeordnete zum Nationalrat für die Grünen. Sie ist Vorstandsmitglied des „Netzwerk Geschlechterforschung“ und der Grünen Bildungswerkstatt Tirol. Sie spezialisierte sich auf Menschen- und Frauenrechte sowie Migrationsfragen und war zuvor im Unabhängigen Verwaltungssenat in Tirol tätig.

Birol Kiliç ist Obmann der Türkischen Kulturgemeinde in Österreich. Er leitet den „Neue Welt Verlag“ und gibt die türkischsprachige Zeitung „Yeni Vatan Gazetesi“ sowie das deutschsprachige Magazin „Einspruch“ heraus. Zudem ist er Vorstandsmitglied im Verband der Auslandspresse. 2015 erhielt er das silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Efgani Dönmez, PMM Abgeordneter zum Bundesrat a.D., Lektor an der Fachhochschule OÖ, GWH-Techniker, Sozialarbeiter, Kolumnist und Selbstständiger im Bereich Konfliktberatung und Mediation, Gründer und Initiator der Europäischen Bürgerinitiative gegen Extremismus.

Cengiz Günay ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik und Lektor an der Universität Wien und Vortragender an der Donau-Universität Krems. Er kann auf mehrere Forschungsaufenthalte in der Türkei, in Ägypten, Tunesien und Großbritannien zurückblicken. Zuvor war er Korrespondent für CNNTurk.

Nalan Gündüz ist als Moderatorin in Österreich tätig. Zuvor war sie stellvertretende Leiterin des Integrationszentrums des Österreichischen Integrationsfonds in der Steiermark und Integrationsbeauftragte an der österreichischen Botschaft in Ankara. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Leopold-Franzens-Universität in Innsbruck.